

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Verantwortlicher:
J. G. Geyer.
Verlagsadresse: Amt Dampff 4124/1198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Spandauer

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, 6. Oktober 1932.

Dolfuss spielt Papen.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Wien, 6. Oktober (Eig. Bericht)

Die christlichsozial-faschistische Regierung Dolfuss in Österreich legt seit einigen Tagen eine Springlebendigkeit an den Tag, die nur schlecht zu dem modrigen Leichengeruch, der ihr anhaftet, passt. Die Regierung, die höchstens über eine einzige Stimme Mehrheit im Nationalrat verfügt, führt eigentlich nur mehr ein Scheindasein, da das Parlament ja bereits grundsätzlich seine Auflösung beschlossen hat und sich nur vorbehielt, den Termin für die Neuwahlen in der Herbstsession festzusetzen. Kein Mensch in Österreich - am wenigsten Bundeskanzler Dolfuss selbst - zweifelt daran, dass die christlichsoziale Partei aus diesen Wahlen zerschmettert hervorgehen wird. Man rechnet damit, dass die christlichsoziale Partei ein Fünftel ihrer Mandate verlieren wird, während die faschistische Heimwehr im nächsten Nationalrat überhaupt keinen Vertreter mehr haben wird.

Nun hat Dolfuss in seiner Not die Gnadenfrist, die ihm die Parlamentsferien noch gönnen, dazu benutzt, um sichein wenig als "Papen-Imitator" zu versuchen. Da ihm aber das wichtigste Instrument einer "demokratischen" Diktatur, der Artikel 48 der deutschen Verfassung, fehlt, hat er seine Zuflucht zu einem recht plumpen Trick genommen: er liess von seinen Verfassungsjuristen ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917 ausgraben, mit dessen Hilfe während des Kriegs die letzte Regierung Kaiser Karls in Österreich regiert hat. Das provisorische Verfassungsgesetz der österreichischen Republik aus dem Jahre 1920 sieht überhaupt kein Notverordnungsrecht vor und man liess deshalb das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz damals vorläufig in Geltung, um während der Parlamentsferien dringende Regierungsakte erledigen zu können. Die Verfassungsnovelle aus dem Jahre 1929 hat aber dann ausdrücklich ein eigenes - freilich sehr eingeschränktes - Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten festgesetzt, durch das das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz jede Geltung und jeden Sinn verloren hat.

Zu diesem ungiltigen Gesetz hat nun die österreichische Regierung ihre Zuflucht genommen. Das erste Gesetz, das Dolfuss auf Grund dieser Bestimmung verordnet hat, macht die Leiter der verkrachten Kreditanstalt für den angerichteten Schaden haftbar. Das Gesetz ist in Wahrheit eine glatte Farce, da die Schuldigen ihr Vermögen - viele auch sich selbst - längst über die Grenze in Sicherheit gebracht haben. Dolfuss wollte damit bloss einen Versuchsballon aufsteigen lassen, um das Echo seiner Notverordnungspläne kennen zu lernen. Das Echo auf sozialdemokratischer Seite liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: die Sozialdemokraten haben der Regierung Dolfuss bereits unzweideutig erklärt, dass solche Diktaturexperimente seiner Regierung in wenigen Tagen das matt flackernde Lebenslicht vollends ausblasen werden. Noch peinlicher dürfte aber Herrn Dolfuss das Echo sein, das er bei seinen eigenen Anhängern gefunden hat, denn dieses hat seine wahren Absichten allzurasch enthüllt.

Schon haben sich die christlichsozialen Hausherrn gemeldet, um die Abschaffung des Mieterschutzes auf Grund der ungiltigen kriegswirtschaftlichen Notverordnung zu verlangen, schon melden sich die Unternehmer mit Ansprüchen auf Drosselung des Streik- und Koalitionsrechts der Arbeiter.

Mit Hilfe des Notverordnungsrechtes, das der österreichische Bundespräsident seit dem Jahre 1929 tatsächlich hat, lässt sich all das in Österreich nicht durchsetzen. Nach der österreichischen Verfassung muss nach Erlassung jeder Notverordnung binnen acht Tagen der Nationalrat einberufen und ihm diese Verordnung vorgelegt werden. Findet sie dort keine Mehrheit, dann tritt sie ausser Kraft. Deshalb versucht Dolfuss, der keine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat, mit Hilfe eines plumpen Tricks sich als österreichischer "Papen" zu etablieren. Aber Dolfuss' rosiger Traum von der Rettung durch Notverordnungsdictatur wird sich bald als der kurze Traum einer Nacht entpuppen!

SPD. Amsterdam, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie "Het Volk" in Fortsetzung seiner Enthüllungen mitzuteilen in der Lage ist, gehören alle die Leute, die den deutschen Nationalsozialisten belgische Waffen vermittelten, der deutschen Nationalität an. Szymanski, Schankweiler, Ritz und andere hatten sich als Deutsche in Venlo niedergelassen und sich allmählich zu diesem Waffenschmuggel zusammengefunden. Das Amsterdamer sozialdemokratische Blatt wirft daher die nicht unberechtigte Frage auf, wie es möglich war, dass die niederländische Polizei erst durch die deutsche Behörde aufmerksam gemacht werden musste, dass hier Ausländer in gröbster Weise die niederländische Gastfreiheit schändeten.

Der Waffenschmuggel selbst wurde in der Weise gehandhabt, dass an der Stelle, wo die Maas teilweise die Grenze zwischen Belgien und Holland bildet, die Waffen an das belgische Massufer gebracht wurden. Dann wurden einige Späher in Ruderbooten über die Maas zum niederländischen Ufer gesandt. Man wartete ab, bis keine niederländischen Zollbeamten zu sehen waren; dann wurde mit einer Taschenlaterne ein Zeichengegeben. Die Schmuggler bestiegen sodann die Boote und brachten ihre gefährliche Fracht vom belgischen zum niederländischen Ufer. Ganze Wagenladungen Waffen wurden auf diese Weise nach Holland gebracht und in verschiedenen Verstecken aufgestapelt. Von hier beförderten Szymanski und andere in Niederland wohnhafte deutsche Waffenschmuggler die Waffen in gepanzerten Autos mit doppeltem Boden nach Deutschland.

Am Montag dieser Woche wurde in Stevensweert abermals ein Waffenschmuggler von der niederländischen Polizei verhaftet. Er hatte noch einen Rest von acht Revolvern teils belgischer, teils spanischer Abkunft in seinem Hause. In kürzer Zeit ist mit weiteren Verhaftungen zu rechnen.

SPD. Breslau, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der schlesischen Hauptstadt hat seit einigen Tagen abermals eine Henkrekreuz-Terrorwelle eingesetzt. Den Auftakt zu den neuen Verbrechen der SA-Strolche bilden die brutalen Ueberfälle, denen am Dienstagabend mehrere Reichsbannerjungkameraden zum Opfer fielen. Die führenden Nazikreise scheinen die Absicht zu haben, mit Hilfe besonderer Trupps die übrigen politischen Organisationen und Parteien ganz systematisch unter Terror zu setzen. Schlägereien und Ueberfälle sind in Breslau seit 48 Stunden wieder mal an der Tagesordnung. Wie die Hitlerrowdies zu Werke gehen, zeigt nachstehender Bericht der Pressestelle des Breslauer Polizeipräsidiums, der am Donnerstag mittag der Presse zugeleitet wurde:

Am Mittwoch nachmittag zogen etwa 40 uniformierte SA-Leute vom Königsplatz ins Innere der Stadt. Am Ring wurde ein Zeitungsverkäufer von ihnen be-

lästigt. Die SA-Leute rissen dem Verkäufer die Parteiabzeichen ab. Sodann marschierte der Trupp in die Taschenstrasse. Dort entrissen die SA-Leute einem Radfahrer einen Wimpel der Eisernen Front. Ausserdem erhielt der Radfahrer mehrere Schläge ins Gesicht. Derselbe Trupp fiel ein wenig später in der Gartenstrasse über einen Passanten her und entriss diesem ebenfalls ein Abzeichen der Eisernen Front. Ferner entwendeten die SA-Leute ihm eine Aktentasche, in der sich ein Sparkassenbuch und andere Gegenstände befanden. In der Gartenstrasse Ecke Schweidnitzerstrasse wurde ein Zeitungsverkäufer der Schwarzen Front überfallen. Die SA-Leute entrissen dem Verkäufer Zeitungen, Koppel, Mütze und Abzeichen. In der Lohestrasse flüchtete sich ein von einem andern Trupp von SA-Leuten beobachteter Angehöriger der Eisernen Front in einen Kohlenhof. Die SA-Leute verfolgten den Mann und misshandelten ihn. Ein anderer Passant, der der KPD nahesteht, flüchtete vor dem SA-Trupp in das Installationsgeschäft seiner Eltern. Hierauf drang ein Teil der SA-Leute in das Geschäft ein und misshandelte den gleichfalls der KPD nahestehenden Inhaber mit harten Gegenständen. In der Nacht zum Donnerstag gegen Mitternacht wurde ein Stahlhelmann unweit des Braunen Hauses an der Neuendorfstrasse belästigt. Der Stahlhelmann, dem das Abzeichen entrissen wurde, setzte sich zur Wehr. Hierauf schlug man ihm ins Gesicht.

Die Erbitterung der Breslauer Bevölkerung über das Auftreten des organisierten Hakenkreuzverbrechertums ist ausserordentlich gross. Deshalb wird mit ernsthaften Zusammenstössen gerechnet werden müssen, wenn sich die zuständigen Polizeistellen nicht baldigst entschliessen wollen, dem Nazispuk auf den Strassen der schlesischen Hauptstadt rücksichtslos ein Ende zu bereiten.

SPD. Hamburg, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch abend kam es in dem Hamburger Stadtteil Hammerbrook zu einem rucklosen Ueberfall auf einen sozialdemokratischen Distriktführer. Die Nazis hatten den ganzen Abend schon in Hammerbrook Terror ausgeübt. Als der Distriktführer Böge mit zwei Parteifreunden an der Ecke Spaldingstrasse und Heidenkampsweg stand, wurden sie plötzlich von 14 Nazis angegriffen und mit Gummiknüppeln, Schlagringen, Koppelschlössern und anderen festen Gegenständen in brutalster Weise niedergeschlagen. Böge wurde von seinen Freunden getrennt und sollte von der Mordbande über das Brückengeländer in den Kanal geworfen werden, obwohl er bereits halb bewusstlos am Boden lag. Erst dem Eingreifen von Passanten war es zu verdanken, dass die ungeheuerliche Tat nicht vollbracht wurde. Mit furchtbaren Verletzungen im Gesicht, am Kopf, Arm und Rücken wurde Böge zur Polizeiwache getragen. Die Verfolgung der Täter durch eine Polizeistreife verlief leider ergebnislos.

SPD. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat unter dem Vorsitz Hugenburgs in Berlin eine sogenannte Reichsführertagung abgehalten. Auf dieser Tagung entwickelte Hugenburg programmatische Richtlinien. Er griff zunächst Hitler und die Nationalsozialisten sehr heftig an, wobei er einige Enthüllungen aus den Vorverhandlungen vor der Präsidentenwahl und vor dem Amtsantritt der Regierung Papen zum Besten gab. Als deutschnationale Programmpunkte bezeichnete er: Deutschland sei nicht in der Lage seine privaten Auslandsschulden zu tragen, deshalb müsse durch einen autonomen Schritt der Regierung das Problem der Schuldenregelung angefasst werden. Die Regierung müsse dann unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse auf dem Gebiete der Sozialpolitik "Reformarbeiten" vornehmen - d.h. die Sozialpolitik abbauen -, müsse die Landwirtschaft sanieren und die Wirtschaft befreien. Die Regierung dürfe nicht in einen Hang zum Paktieren mit dem Parlamentarismus

verfallen, sie müsse vielmehr unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die Verfassungsreform lösen. Die Rede Hugenbergs wurde unterstrichen durch eine Rede von Dr. Quatz, die in dem Satz endete: "Die Wiederaufbauarbeit Deutschlands muss ihr letztes und grösstes Ziel in der Wiederherstellung des Hohenzollernkaisertums finden." Es wurde betont, dass die Deutschnationale Volkspartei die Regierung Papen unterstütze, dass diese Unterstützung aber keine Blankovollmacht für die Regierung Papen bedeute. Hugenberg und die Seinen erwarten also von der Regierung Papen einen glatten Verfassungsbruch und die Vorbereitung zur Wiederherstellung der Monarchie!

SPD. Stuttgart, 6. Oktober (Eig. Dr.)

Die Lage in Württemberg spitzt sich täglich mehr zu. Wenn die Nationalsozialisten jetzt im Landtag den Antrag eingebracht haben, die Regierung zu ersuchen, ihre Notverordnungen vom 24. September zurückzuziehen und "in enger Zusammenarbeit mit dem Landtag neue Deckungsvorschläge zu machen" sowie die in den Notverordnungen enthaltenen Abänderungen bestehender Gesetze "durch Vorlage von Gesetzentwürfen zu regeln", so enthüllt sich das angesichts der kläglichsten Haltung ihrer Vertreter bei der Beratung der Notverordnungen im Finanzausschuss des Landtags als eine geräuschvolle, aber völlig unwirksame Rückzugskanonade. Die Regierung stellt sich diesen Anträgen gegenüber, wie sich aus einer Bemerkung des Zentrumsorgans ergibt, auf den Standpunkt, dass sie solchen Anträgen, wenn sie angenommen werden sollten, nicht stattzugeben brauche, da sie ihre Massnahmen auf Grund der Ermächtigung getroffen habe, die ihr durch die Notverordnung des Reichspräsidenten in Bezug auf den Ausgleich der Staats- und Gemeindehaushalte gegeben worden sei.

Weniger ruhig kann die Regierung jedoch dem Antrag gegenübertreten, den der Bauernbund, der bisher zu ihren Stützen gehörte, eingebracht hat. Er beschränkt sich darauf, die Aufhebung des Teils der Notverordnungen zu fordern, der die Schlachtsteuer einführt, und es unterliegt keinem Zweifel, dass der Antrag eine Mehrheit finden wird. Was aber geschieht dann, wenn die Regierung es ablehnt, diesem Antrag Folge zu geben? Der Bauernbund hat der Regierung, falls sie die Schlachtsteuer nicht aufhebt, scharfsten Kampf angekündigt, der nicht eher enden soll, als bis diese Steuer gefallen ist. Wie werden sich in dieser Kampfperiode die Minister verhalten, die von Bauernbundsgnaden ins Kabinett kamen, Bazille und Dehlinger, von denen der letztere sogar Mitglied der gemeinsamen Fraktion des Bauernbunds und der Deutschnationalen ist?

So deutet alles darauf hin, dass der bevorstehende Reichstagswahlkampf in Württemberg auch eine starke landespolitische Bedeutung haben wird und dass sich aus dem Ausgang der Wahl auch Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse des Landes ergeben könnten.

SPD. Rostock, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Abgeordnete des Mecklenburgischen Landtags, Stadtrat Volgmann, erklärte am Mittwoch abend in einer öffentlichen Versammlung, dass die Nationalsozialisten Berichterstatter bürgerlicher Zeitungen nicht mehr zu ihren öffentlichen Versammlungen zulassen würden.

Die Streitigkeiten zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten haben sich auch hierzulande bis zum Äussersten zugespitzt.

SPD. Wilhelmshaven, 6.Okt. (Eig.Drahtb.)

Der bei der "Säuberung" der preussischen Verwaltung in Wilhelmshaven neu eingesetzte Polizeidirektor Dr. Heinrichs hat mit Genehmigung des Staatskommissars Dr. Bracht auf Verlangen der bürgerlich-nationalsozialistischen Mehrheit der Stadtvertretung die vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Mai verfügte Umbenennung der "Königstrasse" in "Friedrich-Ebert-Strasse" wieder rückgängig gemacht. Die durch alle Instanzen bis zum seinerzeitigen Innenminister Severing hin verfolgte Angelegenheit ist darum ein öffentlicher Skandal, weil der Magistrat Wilhelmshaven es heute, trotz früherer Zusagen ablehnt, eine andere würdige Strasse zur Umbenennung nach dem ersten Reichspräsidenten vorzuschlagen.

SPD. Schwerin, 6.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der deutschnationale Oberregierungsrat im mecklenburgischen Unterrichtsministerium Dr. Brandt ist von der Hitler-Regierung gemassregelt worden. Er ist als Studiendirektor nach Güstrow versetzt worden. Die Hitler-Regierung hat ihm gleichzeitig mit der Versetzung mitgeteilt, dass er sein neues Amt innerhalb 24 Stunden anzutreten habe. Der Vorfall hat hier beträchtliches Aufsehen erregt.

SPD. Schwerin, 6.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Stadt Schwerin hat in dem Polizeikonflikt mit der mecklenburgischen Naziregierung dank der energischen Haltung des Rates und der Stadtverordneten nunmehr den Sieg auf seiner Seite. So ähnlich wie von Papen im Reich, wollte Mecklenburgs Ministerpräsident Granzow mit Verordnungen herumregieren. Weil die nationalsozialistischen Ruhestörer von der städtischen Polizei nicht so mit Samthandschuhen angefasst wurden, wie von der nationalsozialistisch verseuchten Ordnungspolizei, entzog die Regierung dem Polizeidezernenten durch eine Verfügung kurzerhand die Befehlsgewalt über die städtische Polizei und unterstellte diese der staatlichen Ordnungspolizei, die nationalsozialistisch geführt wird. Der Polizeidezernent hat jedoch einfach die Durchführung dieser ungesetzlichen Anordnung verweigert und hat trotz schärfster Druckmittel nicht nachgegeben. Das Ende vom Liede ist für die nationalsozialistische Regierung eine riesige Blamage. Sie hat ihre Anordnung wiederaufgehoben. Vom 10.Oktober ab wird die städtische Polizei im Strassendienst wieder in Dienst gestellt werden.

SPD. Eutin, 6.Oktober (Eig.Drahtb.)

Wenn in irgend einem Ländchen, dann sind die Nationalsozialisten in Oldenburg von der Beamtenschaft gefördert worden. Die Quittung haben sie von der nationalsozialistischen Regierung auch erhalten. Bekanntlich hat die oldenburgische Regierung es abgelehnt, Vertreter der Beamtenverbände zu empfangen. Mit der Regierungspolitik der Nazis befassten sich nunmehr in grossen Protestversammlungen der Landes-Lehrerverein und der Deutsche Beamtenbund. Gegen die masslose nationalsozialistische Parteibuchwirtschaft, gegen die Ablehnung des Empfangs der Beamtenvertreter sowie gegen die die Reichskürzungen weit übersteigenden Kürzungen der Beamtengehälter ist von den Beamten schärfster Protest erhoben worden. Als einige nationalsozialistische Landtagsabgeordnete den Versuch machten, die Massnahmen der Naziregierung zu verteidigen, steigerte sich die Erregung in der versammelten Beamtenschaft derart, dass die

Nationalsozialisten den Saal verlassen mussten. Danach scheint die Beamtenschaft in Oldenburg von der vielbesprochenen Herrlichkeit des Dritten Reiches gründlich kuriert zu sein.

SPD. Köln, 6. Oktober (Eig. Drhtb.)

In der rheinischen Industrie merkt man noch weniger als anderswo von einer Ankurbelung der Wirtschaft. Im Gegenteil, die wenigen Neueinstellungen werden völlig ausgeglichen durch Entlassungen an anderen Stellen. Aus dem Braunkohlenrevier bei Köln und aus dem Siegerländer Bergbau kommen immer wieder Meldungen, dass Gruben stillgelegt werden und die Arbeiterschaft entlassen wird. Erst in dieser Woche sind wieder zwei Braunkohlengruben mit mehrerer hundert Mann Belegschaft stillgelegt worden. - Im Aachener Steinkohlenbergbau sollen auf der Grube Maria in Mariadorf am 18. Oktober 80 Bergleute gekündigt werden, nachdem bereits am 1. Oktober 40 Mann der Belegschaft entlassen worden sind. - In der Gladbach-Rheydter Textilindustrie sind seit dem 24. September bei vier Firmen 200 Arbeiter entlassen worden. Mitte Oktober werden bei zwei weiteren Firmen 315 Arbeiter entlassen und Anfang November wird eine Firma in Rheindalen 475 Arbeiter entlassen. Eine Firma in Rheydt wird ihren Betrieb gänzlich stilllegen, wovon abermals 50 Arbeiter betroffen werden.

SPD. Aachen, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Für den Regierungsbezirk Aachen besteht seit dem 30. September im Grosshandels-gewerbe ein tarifloser Zustand, weil die Arbeitgeber den Lohn um 10 Prozent senken wollten, was von den Arbeitern strikt abgelehnt worden ist. Die Verhandlungen über den Lohnabzug sind unterbrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

SPD. Aachen, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Handelskammer Aachen hat an den Reichswirtschaftsminister ein Telegramm gerichtet, in dem dringend gebeten wird, den Weg einer Erschwerung der Aussenhandelsbeziehungen nicht weiter fortzusetzen, da er für die deutsche Ausfuhr nicht gutzumachende Schädigungen auslöse. Schon die Kontingentierungs-massnahmen mit Holland zeigten verheerende Auswirkungen auf die Geschäftsbeziehungen der Aachener Exportindustrie und auf das vom Verkehr mit Holland stark abhängige Wirtschaftsleben der Grenzstädte. Die Kündigung des Devisenabkommens mit Italien habe eine vollkommene Störung des Geschäftslebens ausgelöst, das für weitere wichtige Industriezweige von grösster Bedeutung sei.

SPD. Brüssel, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Zwischenfall bezüglich Eupen-Malmedy ist der belgischen Regierung und wohl auch der deutschen gerade jetzt besonders unwillkommen, weil die Wirtschaftsverhandlungen zwischen den beiden Ländern einen recht günstigen Verlauf nehmen. Das gilt nicht nur für die Kontingentierungsverhandlungen, deren Abschluss die interessierten belgischen Kreise befriedigt, sondern auch für die Möglichkeit der Bevorzugung der belgischen Häfen bei der deutschen Ein- und Ausfuhr nach und aus Uebersee. Der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld soll vor einigen Tagen in Gent über die Möglichkeit der ausgiebigen Benutzung des Genter Seehafens bei dem deutschen Durchgangswarenverkehr verhandelt haben.

benso ist ein Teil der bisher über Rotterdam gegangenen deutschen Getreide-
einfuhr aus Kanada und der Erzeinfuhr aus Uebersee über Antwerpen bereits
übergeleitet worden. Ueber weitere Verbesserungen der Handelsbeziehungen
zwischen den beiden Ländern wird noch eifrig verhandelt. Die Vermutung liegt
nahe, dass es sich dabei wenigstens teilweise um die Rückwirkungen der ge-
spannten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Holland handelt.

SPD. Paris, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die aus Berlin und London vorliegenden Meldungen, wonach der Versuch
MacDonalds, eine Konferenz zur Prüfung der deutschen Gleichberechtigungs-
forderung nach London einzuberufen, bereits als gescheitert anzusehen sei,
werden in den meisten Pariser Abendblättern mit einer gewissen Genugtuung
begrüsst. Der gemässigte "Paris Soir" schreibt, das Zusammentreten der Londo-
ner Konferenz hätte für Frankreich eine Nachgeben bedeutet oder wäre wenigsten
so ausgelegt worden, für Deutschland dagegen einen Sieg. Ausserdem wäre das
für Deutschland wahrscheinlich der Anfang zu einer Reihe neuer Forderungen
gewesen. Schliesslich hätte das Prestige des Völkerbundes, das schon so gering
ist, durch diese Konferenz wenn nicht einen Gnadenstoss, so doch eine tödli-
che Wunde erhalten. Es sei zu begrüßen, dass gewisse Mächte sich dessen be-
wusst geworden sind. Die nationalistische "Liberté" erklärt, das Zustandekom-
men der Konferenz hätte bedeutet, dass man Deutschland Genugtuung gibt ohne
jede Garantie eines Ausgleichs. Ferner hätte man sicher die mittel- und süd-
ost-europäischen Staaten, die die französische Politik der Verteidigung der
Verträge unterstützen, damit verstimmt.

Der "Temps" glaubt jedoch noch nicht an die Meldungen vom Scheitern der
Konferenz, sondern erklärt, es sei logisch, dass sich die Regierungen erst
die notwendigen Garantien sichern wollen, bevor sie die englische Einladung
beantworten und dass sie die englische Regierung um nähere Einzelheiten über
wesentliche Punkte des von ihr vorgeschlagenen Verfahrens bitten. Erst wenn
die erbetenen Auskünfte eingetroffen sind, könnten dem Londoner Kabinett end-
gültige Antworten erteilt werden.

SPD. Paris, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie der Genfer Korrespondent des "Temps" meldet, befindet sich der von
Paul Boncour und den französischen Sachverständigen ausgearbeitete Abrüstungs-
plan zurzeit in den Händen Herriots, der ihn den übrigen Kabinettsmitgliedern
auseinandersetzen und die verschiedenen Organismen der Landesverteidigung
über seine Durchführung befragen will. Man weigere sich daher in Genf, vor-
läufige Einzelheiten über den Plan mitzuteilen, der erst in etwa 10 Tagen
seine endgültige Form erhalten werde.

SPD. Genf, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die fünf Kommissionen der Völkerbundsvollversammlung sind in ihren Bera-
tungen noch nicht zu besonderen Ergebnissen gekommen. In der ersten Kommission
überwiegt bis jetzt die Anschauung, dass verheiratete Frauen ihre Nationalität
selbstwählen können. Über die der Verteidiger einer Einheit der Familie. Augen-
blicklich untersucht man die Möglichkeiten, durch Änderung der Haager Konven-
tion über die Nationalität der Frau deren allgemeine Ratifikation zu erleich-
tern. Die zweite Kommission hört immer noch lange Debatten über die Krise,
wobei der Holländer Colijn als einziger den Mut fand, die stärksten Zweifel
an der praktischen Erfolgsmöglichkeit der Debatten und auch der Ratifika-

Nationalsozialisten den Saal verlassen mussten. Danach scheint die Beamtenschaft in Oldenburg von der vielbesprochenen Herrlichkeit des Dritten Reiches gründlich kuriert zu sein.

SPD. Köln, 6. Oktober (Eig. Drhtb.)

In der rheinischen Industrie merkt man noch weniger als anderswo von einer Ankurbelung der Wirtschaft. Im Gegenteil, die wenigen Neueinstellungen werden völlig ausgeglichen durch Entlassungen an anderen Stellen. Aus dem Braunkohlenrevier bei Köln und aus dem Siegerländer Bergbau kommen immer wieder Meldungen, dass Gruben stillgelegt werden und die Arbeiterschaft entlassen wird. Erst in dieser Woche sind wieder zwei Braunkohlengruben mit mehrerer hundert Mann Belegschaft stillgelegt worden. - Im Aachener Steinkohlenbergbau sollen auf der Grube Maria in Mariadorf am 18. Oktober 80 Bergleute gekündigt werden, nachdem bereits am 1. Oktober 40 Mann der Belegschaft entlassen worden sind. - In der Gladbach-Rheydter Textilindustrie sind seit dem 24. September bei vier Firmen 200 Arbeiter entlassen worden. Mitte Oktober werden bei zwei weiteren Firmen 315 Arbeiter entlassen und Anfang November wird eine Firma in Rheindalen 475 Arbeiter entlassen. Eine Firma in Rheydt wird ihren Betrieb gänzlich stilllegen, wovon abermals 50 Arbeiter betroffen werden.

SPD. Aachen, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Für den Regierungsbezirk Aachen besteht seit dem 30. September im Grosshandels-gewerbe ein tarifloser Zustand, weil die Arbeitgeber den Lohn um 10 Prozent senken wollten, was von den Arbeitern strikt abgelehnt worden ist. Die Verhandlungen über den Lohnabzug sind unterbrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

SPD. Aachen, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Handelskammer Aachen hat an den Reichswirtschaftsminister ein Telegramm gerichtet, in dem dringend gebeten wird, den Weg einer Erschwerung der Aussenhandelsbeziehungen nicht weiter fortzusetzen, da er für die deutsche Ausfuhr nicht gutzumachende Schädigungen auslöse. Schon die Kontingentierungs-massnahmen mit Holland zeigten verheerende Auswirkungen auf die Geschäftsbeziehungen der Aachener Exportindustrie und auf das vom Verkehr mit Holland stark abhängige Wirtschaftsleben der Grenzstädte. Die Kündigung des Devisenabkommens mit Italien habe eine vollkommene Störung des Geschäftslebens ausgelöst, das für weitere wichtige Industriezweige von grösster Bedeutung sei.

SPD. Brüssel, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Zwischenfall bezüglich Eupen-Malmedy ist der belgischen Regierung und wohl auch der deutschen gerade jetzt besonders unwillkommen, weil die Wirtschafts-verhandlungen zwischen den beiden Ländern einen recht günstigen Verlauf nehmen. Das gilt nicht nur für die Kontingentierungsverhandlungen, deren Abschluss die interessierten belgischen Kreise befriedigt, sondern auch für die Möglichkeit der Bevorzugung der belgischen Häfen bei der deutschen Ein- und Ausfuhr nach und aus Uebersee. Der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld soll vor einigen Tagen in Gent über die Möglichkeit der ausgiebigen Benutzung des Genter Seehafens bei dem deutschen Durchgangswarenverkehr verhandelt haben.

Ebenso ist ein Teil der bisher über Rotterdam gegangenen deutschen Getreide-einfuhr aus Kanada und der Erzeinfuhr aus Uebersee über Antwerpen bereits übergeleitet worden. Ueber weitere Verbesserungen der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern wird noch eifrig verhandelt. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich dabei wenigstens teilweise um die Rückwirkungen der gespannten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Holland handelt.

SPD. Paris, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die aus Berlin und London vorliegenden Meldungen, wonach der Versuch MacDonalds, eine Konferenz zur Prüfung der deutschen Gleichberechtigungs-Forderung nach London einzuberufen, bereits als gescheitert anzusehen sei, werden in den meisten Pariser Abendblättern mit einer gewissen Genugtuung begrüsst. Der gemässigte "Paris Soir" schreibt, das Zusammentreten der Londoner Konferenz hätte für Frankreich eine Nachgeben bedeutet oder wäre wenigstens so ausgelegt worden, für Deutschland dagegen einen Sieg. Ausserdem wäre das für Deutschland wahrscheinlich der Anfang zu einer Reihe neuer Forderungen gewesen. Schliesslich hätte das Prestige des Völkerbundes, das schon so gering ist, durch diese Konferenz wenn nicht einen Gnadenstoss, so doch eine tödliche Wunde erhalten. Es sei zu begrüssen, dass gewisse Mächte sich dessen bewusst geworden sind. Die nationalistische "Liberté" erklärt, das Zustandekommen der Konferenz hätte bedeutet, dass man Deutschland Genugtuung gibt ohne jede Garantie eines Ausgleichs. Ferner hätte man sicher die mittel- und südost-europäischen Staaten, die die französische Politik der Verteidigung der Verträge unterstützen, damit verstimmt.

Der "Temps" glaubt jedoch noch nicht an die Meldungen vom Scheitern der Konferenz, sondern erklärt, es sei logisch, dass sich die Regierungen erst die notwendigen Garantien sichern wollen, bevor sie die englische Einladung beantworten und dass sie die englische Regierung um nähere Einzelheiten über wesentliche Punkte des von ihr vorgeschlagenen Verfahrens bitten. Erst wenn die erbetenen Auskünfte eingetroffen sind, könnten dem Londoner Kabinett endgültige Antworten erteilt werden.

SPD. Paris, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie der Genfer Korrespondent des "Temps" meldet, befindet sich der von Paul Boncour und den französischen Sachverständigen ausgearbeitete Abrüstungsplan zurzeit in den Händen Herriots, der ihn den übrigen Kabinettsmitgliedern auseinandersetzen und die verschiedenen Organismen der Landesverteidigung über seine Durchführung befragen will. Man weigere sich daher in Genf, vorläufige Einzelheiten über den Plan mitzuteilen, der erst in etwa 10 Tagen seine endgültige Form erhalten werde.

SPD. Genf, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die fünf Kommissionen der Völkerbundsvollversammlung sind in ihren Beratungen noch nicht zu besonderen Ergebnissen gekommen. In der ersten Kommission überwiegt bis jetzt die Anschauung, dass verheiratete Frauen ihre Nationalität selbstwählen können. Über die der Verteidiger einer Einheit der Familie. Augenblicklich untersucht man die Möglichkeiten, durch Änderung der Haager Konvention über die Nationalität der Frau deren allgemeine Ratifikation zu erleichtern. Die zweite Kommission hört immer noch lange Debatten über die Krise, wobei der Holländer Colijn als einziger den Mut fand, die stärksten Zweifel an der praktischen Erfolgsmöglichkeit der Debatten und auch der Ratifika-

tionen des Völkerbundes auszusprechen. Der Kampf um die Änderung der hohen Leitung des Völkerbundssekretariats ist in der vierten Kommission noch in vollem Gange. Während die kleinen Staaten die Abschaffung der Untergeneralsekretäre verlangen aus Gründen der Gleichheit und der Ersparnis, verteidigen die Grossmächte den augenblicklichen Zustand. Unter der Begründung, dass vor der Wahl eines neuen Generalsekretärs keine Entscheidung über eine grundlegende Sekretariatsreform möglich sei, hat Deutschland vorläufig beantragt den Generalsekretär und die Untergeneralsekretäre aus den ständigen Ratsmächten wie bisher zu nehmen. Der tiefere Grund dürfte wohl sein, dass Deutschland nicht zu Unrecht fürchtet, seinen Untergeneralsekretär bei einer Streichung dieser Posten zu verlieren, ohne dass eine Sekretariatsreform vorgenommen wird und dann noch der Notwendigkeit gegenüberzustehen, Avenol-Frankreich als Generalsekretär mit den bisherigen Befugnissen wählen zu müssen.

Im Prinzip hat die vierte Kommission auch eine Herabsetzung der Gehälter für die Beamten des Sekretariats und des Internationalen Gerichtshofes um 10 Prozent beschlossen, doch soll erst noch die Rechtsfrage geklärt werden, ob die Vollversammlung eine solche Änderung der Anstellungsverträge beschliessen könne. Da die beauftragte Gutachterkommission aus Juristen des Völkerbundes besteht, dürfte das Ergebnis negativ ausfallen, wodurch wieder einmal alle Sparreden in die Luft gehalten wurden.

Zu einer rein akademischen Debatte kam es am Donnerstag über die Frage des Minderheitenschutzes in der sechsten Kommission. Die jetzige Reichsregierung will die gute Arbeit ihrer Vorgänger auf diesem Gebiet fortsetzen. Hier hatte Deutschland noch einen moralischen Fonds. Hier war seine Isolierung noch nicht vollendet. Die Regierung hat sich aber beeilt, auch dieses letzte Plus noch durch ein halbes Manöver in geschicktem Gegenzug der kleinen Entente Polens und Frankreichs aufreiben zu lassen. Sie riskierte weder Antrag noch Entschliessungsentwurf, um ihre Anregungen in zweckmässiger Form vor die Vollversammlung zu bringen, wodurch ein Fortschritt schon nicht in Frage kam. Die Folge war, dass die von allen Seiten herbeigeeilten Vertreter der Minderheiten reichlich enttäuscht waren und die Gegner des wirksamen Minderheitenschutzes in ihren Erklärungen recht wirkungsvoll Deutschland politisch angreifen konnten, was heute nur allzu leicht in die Ohren aller Völker dringt. Vier Fragen brachte der deutsche Vertreter Rosenberg zur Sprache: Den Klägern müsse man die Möglichkeit schaffen, selbst gehört zu werden, die Verfahren müssten beschleunigt durchgeführt werden, die Gründe über eine Nichtzulassung von Beschwerden veröffentlicht werden, endlich wolle Deutschland festgestellt wissen, dass sein Vorgehen im Rat unter Benutzung von Material aus einem noch nicht abgeschlossenen Fall ein regelrechtes Vorgehen gewesen sei. Auch regte Rosenberg einen Meinungsaustausch darüber an, den Dreierkomitees zur Behandlung der Beschwerden ein ständiges Gremium von Sachverständigen beizugeben. Gleich bestritt Fotitsch im Namen von Griechenland, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien die Kompetenz des Ausschusses, da nur der Rat und die interessierten Mächte für Abänderungen der Minderheitsverfahren zuständig seien. Zaleski lehnte nochmals jeden Meinungsaustausch ab. Die Minderheitsverfahren, die ausserhalb der Verträge eingerichtet worden seien, wären zu politischen Manövern missbraucht worden. Ausserdem seien Minderheiten in fast allen Staaten der Welt und es sei ungerecht, nur einen kleinen Teil von Minderheitsgruppen besonders zu schützen. Änderungen in dem bestehenden völlig ausreichenden Verfahren könnten nur in Frage kommen, wenn der Minderheitenschutz auf die ganze Welt ausgedehnt werde. Frankreich liess diese letzte Erklärung gänzlich unbeantwortet und schloss sich der Erklärung Fotitsch an, wobei sein Vertreter unterstrich, dass der Minderheitenschutz nicht für politische Kalkulationen und territoriale Änderungsabsichten missbraucht werden dürfe. Benesch-Tschechoslowakei schloss sich Zaleski an und sprach den Minderheiten wiederum jedes kollektive Vertretungsrecht ab. Nur Ungarn und Österreich unterstützten Deutschlands Anschauung, während Norwegen, Holland und

Bulgarien sich sehr zurückhaltend für eine loyale Anwendung der Schutzbestimmungen aussprachen. Da keinerlei Antrag gestellt war, wird lediglich vom Berichterstatter ein Bericht in einer der Sitzungen der 13. Vollversammlung erstattet werden.

SPD. Paris, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nach einer Genfer Meldung des "Paris Soir" sind die offiziellen Verhandlungen zwischen Ministerialdirektor Posse (Deutschland) und Ministerialdirektor Elbel (Frankreich) über die Revision des deutsch-französischen Handelsvertrages abgebrochen worden. Die einzige Unterredung, die die beiden Herren gehabt haben, hätte zu keinem Ergebnis geführt; denn Elbel habe erklärt, dass die französische Regierung eine völlige Revision des Vertrages ins Auge fasse und nicht nur eine teilweise Anpassung verschiedener Tarife an die gegenwärtige Wirtschaftslage. Posse habe darauf erwidert, dass er unter diesen Umständen nicht ermächtigt sei, weiter zu verhandeln; er sei nach Berlin abgereist.

SPD. Genf, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das von der Abrüstungskonferenz eingesetzte Komitee zur Aufstellung von Berechnungsmöglichkeiten für die Heeresstärken hat sich in seiner Mehrheit dafür ausgesprochen, nach dem amerikanischen Vorschlag die Bevölkerungszahl als Grundlage der Berechnungen anzunehmen. Auf Antrag Frankreichs wurde jedoch ein Spezialkomitee beauftragt, Vorschläge für die Einführung ergänzender Kriterien im Interesse der kleineren Staaten und für die Unterscheidung von Polizei- und Verteidigungsarmeen auszuarbeiten.

SPD. Paris, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz Dawes ist von Genf kommend in Paris eingetroffen. Er wird am Freitag-Vormittag mit Herriot eine Unterredung haben, die sich wahrscheinlich auf den amerikanischen Abrüstungsvorschlag und die geplante Londoner Konferenz beziehen werde.

SPD. Die Nationalsozialisten haben in Berlin die Sprengung deutschnationaler Versammlungen organisiert. Am Mittwoch abend wurden in einer Reihe von deutschnationalen Versammlungen gewaltsame Störungsversuche durch Nationalsozialisten unternommen. Am Donnerstag bezeichnete der nationalsozialistische "Angriff" die deutschnationalen Versammlungen als provokatorische Hetzversammlungen, die polizeilich verboten werden müssten. Nach diesen Vorspielen fand am Donnerstag abend in einem der grössten Säle von Berlin-Neukölln, in der Neuen Welt, eine deutschnationale Wahlversammlung statt, in der der frühere Vizepräsident des Reichstages, Graef, sprechen sollte. Diese Versammlung wurde gleich nach der Eröffnung zu der wildesten Saalschlacht, die Berlin bis jetzt erlebt hat. Graef konnte nur wenige Sätze sprechen, dann flogen hunderte von Stühlen durch die Luft, die Tische wurden umgestürzt, es wurde mit Gläsern und Stuhlbeinen geschlagen, so dass der Saal ein wildes Durcheinander bildet. Die Polizei, die mit starken Kräften einschritt, warf die Nationalsozialisten aus dem Saale heraus. Auf der Strasse entspann sich dann ein wilde Handgemenge zwischen Polizei und Nationalsozialisten. Der herannahende Jahrestag von Harzburg wird jedenfalls von den Harzburger Bundesgenossen würdig gefeiert!

SPD. Liegnitz, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem grossen Landfriedensbruchprozess vor dem Liegnitzer Sondergericht wegen des SA-Sturms auf das Bunzlauer Volkshaus wurde am Donnerstag die Zeugevernehmung abgeschlossen. Hierauf erstatteten die Sachverständigen Medizinalrat Dr. Kucel aus Goldberg und Medizinalrat Dr. Kallife aus Bunzlau sowie der Uhrmachermeister Herrmann als Schiesssachverständiger ihre Gutachten. Dr. Kucel stellte auf dem Schädel des erschossenen Reichsbannerkameraden Schneider vier Querhiebe fest, die er noch lebend erhalten haben müsse. Das linke Augenhid wies eine blutunterlaufene Stelle auf und auch das Kinn war verletzt. Am rechten Arm und der linken Brustseite waren Einschüsse festzustellen. Das ein Geschoss durchschlug das Herz und wirkte tödlich. Eine dritte Verletzung oberhalb der linken Schulter kann ebenfalls von einem Geschoss herrühren, sie könne aber auch von einem Nagel und einer Zaunlatte verursacht worden sein. Der zweite Sachverständige schloss sich diesem Gutachten an. Der Schiesssachverständige erklärte, es sei schwierig, über die Herkunft der Schüsse etwas bestimmtes zu sagen. Da etwa 10 Schüsse gefallen sein sollen, sei es eigenartig, dass an der Stelle, wo der schiessende SA-Mann gestanden haben soll, nur eine Hülse gefunden wurde. Er glaube, dass sie zur Dekoration an die Stelle gelegt worden sei. Aus dem im Volkshaus beschlagnahmten Revolver sei seit Jahren nicht geschossen worden. Der Sachverständige erklärte ausdrücklich, dass er nichts bestimmtes darüber sagen könne, wer Schreiber erschossen habe, meinte aber trotzdem, er vermute, dass der tödliche Schuss an dem Restaurantfenster neben der Volkshaus-Tür gefallen sei. Die Zeugen, die neben dem erschossenen Reichsbannerkameraden Schneider standen, betonten, dass die Konstruktion des Sachverständigen völlig irrtümlich ist.

Mit den Sachverständigengutachten ist die Beweisaufnahme geschlossen. Die Plädoyers beginnen am Freitag-Nachmittag 16,30 Uhr und zwar in Liegnitz, wohin das Sondergericht zurückgekehrt ist.

SPD. London, 6. Oktober (Eig. Drahtb.)

In den letzten Tagen haben sich die Demonstrationen Arbeitsloser, die sich vor allen Dingen gegen die Handhabung des Bedürftigkeitsnachweises wandte in London und in Industriestädten der englischen Provinz gehäuft. Am Donnerstag kam es wieder im Zentrum von London zu einer Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei, die entstand, als Demonstranten nicht mit der notwendigen Geschwindigkeit weitergingen. Im Verlauf dieses Zusammenstosses wurden zwei Beamte leicht verletzt. In einer Vorstadt von London hinderten am Donnerstag ortsansässige Arbeitslose Strassenarbeiter, die nicht aus dem Distrikt stammten, an der Arbeit. Sie setzten bei den Rathausbehörden durch, dass ab Freitag ortsansässige Arbeitslose anstelle der ortsfremden Arbeiter eingestellt werden. Dies ist der zweite Fall, dass Demonstranten den Behörden gegenüber erfolgreich waren. Vor einigen Wochen setzten sie in Liverpool eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Wohlfahrtserwerbslose durch.

Die Labour-Konferenz nahm angesichts der Zusammenstösse am Donnerstag eine Entschliessung an, die vom Sicherheitsministerium eine Untersuchung über die Vorgänge bei den Demonstrationen in Northshields fordert. Ausserdem wird verlangt, dass die Polizei für die ungestörte Durchführung von Demonstrationen sorgen soll und nicht auf alle mögliche Weise gegen dieselben vorgehen soll.

Rote Jugend marschiert.

Zum internationalen Jugendkongress in Prag.

SPD. Zwei bedeutsame Veranstaltungen haben unmittelbar vor Beginn des fünften Wahlkampfes dieses Jahres die Arbeit der sozialistischen Jugend stark in den Vordergrund des Interesses gerückt. Die Sozialistische Arbeiterjugend führt in der ersten Hälfte des Monats Oktober eine Reichswerbung durch, und aus Anlass des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Sozialistischen Jugend=Internationale findet in der gleichen Zeit eine Internationale Rote Jugendwoche statt. Am Schluss dieser Woche wird am 9. Oktober in Prag der vierte Kongress der Sozialistischen Jugend=Internationale eröffnet.

Beide Veranstaltungen dekontieren die ungebrochene Lebenskraft der internationalen sozialistischen Jugendbewegung und widerlegen die törichte Behauptung der Gegner: die Sozialdemokratie sei eine sterbende Partei. Auf der Gründungskonferenz der Internationale in Stuttgart vertraten die Delegierten der sozialistischen Jugendverbände rund 50 000 Mitglieder. Das Sekretariat der Internationale berichtet jetzt, dass die Internationale am 31. Dezember 1931 mehr als 270 000 Mitglieder umfasste. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind heute alle in der Welt bestehenden sozialistischen Jugendverbände der Sozialistischen Jugend=Internationale angeschlossen, und sie ist damit die bedeutsamste und stärkste internationale Verbindung junger Arbeiter und Arbeiterinnen geworden. Die Gesamtzahl ihrer Mitglieder ausserhalb Russlands übertrifft um ein Vielfaches die Zahl, die die Kommunistische Jugend=Internationale selbst über die Stärke ihrer Mitgliedsverbände ohne Russland angibt.

Die erfreulichste Tatsache dieser Aufwärtsentwicklung besteht aber darin, dass sie in den schweren Krisenjahren seit 1929 nicht unterbrochen wurde, sondern sich weiter fortgesetzt hat. In den Jahren 1929 bis 1931 erhöhte sich die Mitgliederzahl der Sozialistischen Jugend=Internationale um mehr als 50 000. Diese Entwicklung hatte auch im Jahre 1932 angehalten, ein Beweis dafür, dass selbst Wirtschaftsnot und faschistische Reaktion die Kraft der Internationale nicht zu erschüttern vermögen.

Die Sozialistische Jugend=Internationale ist heute ein untrennbarer und wesentlicher Bestandteil der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie erfüllt die wichtige Aufgabe der Erfassung, Sammlung und Erziehung der arbeitenden Jugend im Sinne des internationalen Sozialismus und sie führt damit der internationalen Arbeiterbewegung den lebensnotwendigen Nachwuchs für ihre entscheidungsvollen Kämpfe in Gegenwart und Zukunft zu. Das enge Vertrauensverhältnis zwischen Jung und Alt wird erneut unterstrichen durch den Umstand, dass in Prag so führende Genossen der internationalen Arbeiterbewegung, wie der Genosse Louis de Bruckère und der Genosse Friedrich Adler die Referate über die Fragen der Abripstung und des Kampfes um die Demokratie erstatten.

Der Kongress in Prag wird nur die verhältnismässig kleine Zahl der führenden Funktionäre der internationalen sozialistischen Jugendbewegung vereinigen, aber sie können dort beraten und beschliessen in dem Bewusstsein, dass der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit in den besten Teilen der arbeitenden Jugend trotz Nationalismus und Faschismus feste Wurzeln geschlagen hat. Die Kundgebungen, die aus Anlass der Internationalen Roten Jugendwoche in fast allen Ländern Europas in grosser Zahl durchgeführt wurden, waren ausnahmslos stark besucht, und sie waren getragen von einem kampfesfreudigen und echt sozialistischen Geist ihrer jugendlichen Teilnehmer. Das gilt vor allem auch für die deutsche sozialistische Arbeiterjugend. Unsere Jungen und Mädchen haben in diesem Jahr bewiesen, dass sie an Kampfesfreudigkeit und Arbeitswillen der älteren Generation in nichts nachstehen. Wir haben unsere Organisation in vollem Umfang in ihrer alten Stärke erhalten, und bei jedem Wahlkampf stand die Sozialistische Arbeiterjugend in unermütllichem Eifer in der vordersten Linie der Agitation.

Wer hätte einen ernsthaften Vorwurf gegen diese Jugend erheben können, wenn sich jetzt, nach den unerhörten Anstrengungen und Opfern dieses Jahres Zeichen einer Müdigkeit zeigen würden. Aber es ist nichts davon zu spüren. In zahlreichen Bezirken des deutschen Verbandes werden im Monat Oktober zum ersten mal sogenannte sozialistische Wettbewerbe, die uns schon jetzt Hunderte neuer Mitglieder gebracht haben, durchgeführt. Und noch mehr: Alle Veranstaltungen im Rahmen dieser Aktion nehmen einen erhebenden und begeisternden Verlauf. Um nur ein Beispiel zu nennen: Den stärksten Auftakt zu dieser Werbeaktion bildete ein Landestreffen der Sozialistischen Arbeiterjugend des Freistaates Sachsen am 1. Oktobersonntag. Wir haben in den sächsischen Bezirken rund 10 000 Mitglieder. Nicht weniger als 8000 Jugendliche marschierten an diesem Sonntag in Chemnitz auf. Die Arbeiterschaft dieser grossen sächsischen Industriestadt, die beinahe Unerträgliches unter der Wirtschaftskrise leidet, brachte für ihre jungen Gäste 2 000 Privatquartiere mehr auf, als benötigt wurden. Man vergleiche diese Solidarität, diese Opferbereitschaft, die sich in diesen nüchternen Zahlen offenbart, mit dem Ergebnis des ersten Reichsjugendtages der Hitlerjugend, der am gleichen Tage in Potsdam stattfand und bei dem 120 Kinder und Jugendliche wegen Entkräftung, Hunger und Uebermüdung in die Krankenhäuser eingeliefert werden mussten.

Dabei wurde es der sächsischen Arbeiterjugend in Chemnitz nicht so leicht gemacht wie den nationalsozialistischen Demonstranten in Potsdam. Dort die stärkste Förderung durch alle Behörden. Hier wurde das sächsische Jungproletariat auf seinen Marsch durch die Stadt begleitet von der mit Karabinern ausgerüsteten Chemnitzer Polizei. Man hatte alles das verboten, was einer Jugenddemonstration Leben und Schwung verleiht, die Fahnen, die Musik, den Gesang, ja selbst Freiheitsrufe. Aber so begeistert die jungen Sozialisten bei der Abendkundgebung am Sonnabend und beim Einmarsch in die Radrennbahn ihre sozialistischen Kampflieder sangen, so glänzend hielten sie Disziplin als es galt, die provokatorischen Anordnungen zu parieren.

Deutschlands Arbeiterklasse steht jetzt im Brennpunkt eines Kampfes um Freiheit und Demokratie in Europa. Die Haltung ihrer Jugend gibt uns, den deutschen Arbeitern, der internationalen Arbeiterklasse die sichere Gewähr, dass sie den Kampf bestehen wird, dass der endgültige Sieg unser sein wird. Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht.

SPD. Magdeburg, 6. Okt. (Eig. Drahtb.)

In Oschersleben (Bode) veranstalteten die Nationalsozialisten am Dienstag eine öffentliche Versammlung über das Thema: "Kostproben aus dem Gewerkschaftsleben der Bonzen". Es sollte der ehemalige Gewerkschaftssekretär Richter aus Greiz (Thüringen) sprechen. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei in Oschersleben erkundigte sich über den Redner in Greiz und stellte fest, dass Richter niemals Sekretär bei einer freien Gewerkschaft gewesen ist, dass Richter kein Deutscher ist und dass er auch garnicht Richter heisst. Der angebliche Richter ist Tschechoslowake und heisst mit seinem wirklichen Namen Rischko. Er ist als lästiger Ausländer aus Preussen ausgewiesen worden und glänzt auf der Liste der verbotenen Redner. Die Sozialdemokratische Partei in Oschersleben veranlasste durch den zuständigen Landrat und die Polizei, dass der Mann nicht sprechen konnte. Da die Versammlung aber schon zugegen war, gab es unter den anwesenden Nazis grosse Entrüstung gegen die eigene Parteileitung, weil sie es wagte, in so haarsträubender Weise die Öffentlichkeit zu belügen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Rezepte für Verfassungsdoktoren.

SPD. Das Kabinett der Barone hat eine Kommission im Reichsministerium des Innern eingesetzt, die Pläne für eine Verfassungsreform ausarbeiten soll. Unter Verfassungsreform versteht das Kabinett der Barone eine Beschneidung der Rechte des Volkes. Da wir die Absichten dieser sogenannten Verfassungsreform nur zu gut verstehen, erlauben wir uns dieser Kommission altbewährte Rezepte zu unterbreiten!

Die adlige Verwaltung.

Schon früher hat es Unzufriedene gegeben, die nicht damit einverstanden waren, dass das junkerliche Element sich in der Verwaltung breit machte. Diese Unzufriedenen hat im Jahre 1902 der preussische Minister des Innern Freiherr von Hammerstein das Folgende entgegengehalten:

"Der Anteil des Adels beweist doch nur, dass der Adel, mit dem die grossen preussischen Könige den Staat gebildet haben, mit dem Friedrich der Grosse seine Schlachten geschlagen und den Staat gross gemacht hat, dass dieser Adel in seinen Sprossen auch heute noch bestrebt ist, in des Königs und des Vaterlandes Dienst zu treten und darin in vielfach sehr bescheidenen Stellungen zu wirken. Ich glaube nicht, dass der Prozentsatz von 40 überhaupt etwas besonderes Grosses ist. Ich freue mich aber über jeden Referendar, der einer Adels- oder Beamtenfamilie angehört... Ja, wenn der Mann zugleich Corpsstudent ist, so könnte ich als Corpsstudent vielleicht daraus den Schluss ziehen, das zeige eben, dass die Corps eine ausgezeichnete Erziehung geben."

Das sind altbewährte Grundsätze vom Jahre 1902. Das ist erst 30 Jahre her und Herr Bracht hat den Prozentsatz von 40 für den Adel bei den ausschlaggebenden Beamtenstellen schon wieder erreicht. Wie wäre es, wenn dieser Prozentsatz als verfassungsmässige Bestimmung in der neuen Verfassung nach dem Herzen des Kabinetts der Barone verankert würde?

Der Reichstag.

Vielleicht empfiehlt es sich, für die Verfassungsreform des Kabinetts der Barone noch einige Jahre weiter zurückzugreifen. Es soll beabsichtigt sein, nicht nur die Rechte des Reichstags zu beschneiden, sondern auch das jetzige Reichstagswahlrecht dem berückichtigten preussischen Dreiklassenwahlrecht wieder anzunähern. Das ist ein alter Plan der Junker und Junkergenossen. Sie haben ihn im wilhelminischen System vertreten, als ihnen der Reichstag noch zu demokratisch, seine Rechte zu weitgehend waren. So sprach am 28. März 1895 der Junker Graf Mirbach im Herrenhause:

"In allen ländlichen Kreisen und weit über diese hinaus würde es mit Jubel begrüsst werden, wenn die verbündeten Fürsten sich dazu entschlossen einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts ins Leben treten zu lassen und zwar unverzüglich. Die zu lösende Aufgabe ist schwierig, aber auf keinem Gebiete wäre das Wort "zu spät" verhängnisvoller als hier. Es würde gleichbedeutend sein mit dem in-Trümmer-gehen des deutschen Reiches. Ich erlaube mir vorhin zu bemerken, die Aufgabe sei nicht leicht zu lösen. Alexander der Grosse stand auch vor einer schweren Aufgabe und löste sie sehr schnell. Ich

richte an das königlich preussische Staatsministerium die dringende Bitte, es möge die Gefahren der wirtschaftlichen und politischen Situation nicht unterschätzen, sondern alle Kraft daran setzen, dass eine glückliche Lösung gefunden werde."

Hat dieser Junker, Graf Mirbach, im Jahre 1895 im preussischen Herrenhaus nicht dem Kabinett der Barone und seinen Freunden aus dem Herzen gesprochen?

Das Generalrezept.

Die Verhältnisse von 1895 sind jedoch den Freunden des Kabinetts der Barone noch viel zu modern und viel zu demokratisch. Wir sind sicher, dass wir in ihrer Seele lesen, wenn wir ihre letzten Ziele ausdrücken mit den Sätzen eines gewissen Grafen Bressler, der im Jahre 1850 in einer Betrachtung über "die Notwendigkeit und Heiligkeit des Absolutismus" das Folgende schrieb:

"Wir müssen die begonnene konstitutionelle Pappendeckelarbeit ins Kehrloch werfen und zur absoluten Monarchie zurückkehren. Wir müssen unseren Adel wieder herstellen, die gutherrlich bäuerlichen Verhältnisse befriedigend ordnen, die Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Heiratsfreiheit, Bodenzerstückelungsfreiheit auf ein vernünftiges Mass zurückführen."

1850! Das wollen sie heute wieder. Sie wollen um 100 Jahre zurück. Volk, nimm den Besen!

Die Anonymen.

Zwickel vorne, Zwickel hinten, Zwickel überall - das ist das Echo von Brachts neuer Sittlichkeitsverordnung. Der Zwickel als preussische Staatseinrichtung, das ist das Thema, über das die ganze Öffentlichkeit spricht. Bei allem Gelächter, das als Waffe gegen diese Verordnung wirkt, darf eine ernsthafte Frage nicht untergehen: Wer steht eigentlich hinter dieser Verordnung, wer sind die anonymen Väter oder Mütter des Zwickels, die die kommissarische Verwaltung beeinflusst haben? Selten ist ein Polizeiübergreif in die Freiheitsrechte der Persönlichkeit so einmütig aus allen Kreisen und aus allen Parteilagern abgelehnt worden, wie dies Dekret der Polizeidiktatur. Es hat niemand den Mut, sich öffentlich dazu zu bekennen. Selbst die Bürokratie des Herrn Bracht macht davon keine Ausnahme. Sie hat im Gegenteil versucht, die Verantwortung von sich abzuwälzen und sie der Industrie zuzuschieben - aber die Industrie hat solche Verlautbarungen sehr rasch dementiert und setzt sich sehr energisch dagegen zur Wehr, dass ihr die Vaterschaft zugeschoben wird.

Wer ist es also, auf den diese Verordnung zurückgeht? Sind es die Kreise des evangelischen Oberkirchenrats? Oder hat die Verwaltung die Schlussfolgerungen gezogen aus den Verdrängungen der Insassen eines evangelischen Stifts adliger alter Jungfern? Wer könnte es sonst sein, wo sitzen die geheimen Zirkel der Mucker, die auf dem Umweg über die Polizei dem Volke ihr eigenes Muckertum aufzwingen wollen? Wir glauben nicht, dass diesmal die Verantwortung den Kreisen des Herrnklub zufällt, denn dort versteht man schliesslich zu leben. Der Schleier der Anonymität muss gelüftet werden, denn schliesslich wird man doch nicht glauben sollen, dass die Verordnung die ureigenste Erfindung des Herrn Bracht sei, die seiner innersten Gesinnung entspreche.

Heraus aus der Anonymität. Wer wagt es, sich laut und öffentlich zur Vaterschaft zu bekennen?



Alle neun freigesprochen!

Todesurteil gegen die "Methode Sondergericht" in der Berliner Röntgenstrassen-Verhandlung!

SPD. In der Berliner Sondergerichtsverhandlung gegen die neun angeklagten kommunistischen Arbeiter, die sich wegen gemeinsamen Totschlags und Landfriedensbruchs zu verantworten hatten, verkündete Landgerichtsdirektor Tolk am Donnerstag-Nachmittag 4,10 Uhr folgendes Urteil: "Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen."

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus: Das Gericht glaubt, dass am Abend des 29. August in der Röntgenstrasse in Charlottenburg sowohl von Kommunisten als auch von Nationalsozialisten geschossen worden ist. Das Gericht ist aber nicht in der Lage, festzustellen, wer von den Angeklagten geschossen hat; es weiss auch nicht, wer zuerst geschossen hat. Es ist den Angeklagten auch nicht zu widerlegen, dass sie nach Schluss ihrer Versammlung ihre in der Röntgenstrasse wohnenden Kameraden nach Hause begleiten und vor Uebergriffen der Nationalsozialisten schützen wollten. Wenn man aber hiervon ausgeht, dann kann man nicht sagen, dass es sich bei dem Trupp, den die Kommunisten bildeten, um eine Menschenansammlung handelte, die Rechtswidrigkeiten begehen wollte. Landfriedensbruch liegt also nicht vor. Wenn die Kommunisten geschossen haben, so haben sie in der Notwehr gehandelt, nicht aber Totschlag begangen. Nur der, der den ersten Schuss abgegeben hat, hat höchstwahrscheinlich nicht in Notwehr gehandelt - aber dieser Erstschütze ist nicht bekannt. Es könnte sogar nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme möglich sein, dass der getötete SA.-Mann Gatschke selbst aus seiner Schreckschusspistole die ersten Schüsse abgab und dass diese Schreckschüsse das ganze Unglück ausgelöst haben. Zumindest lässt sich nicht feststellen, dass die Angeklagten schuldig sind. Andererseits muss aber auch betont werden, dass die Anklage von der Staatsanwaltschaft keineswegs leichtfertig erhoben wurde, denn da ja von vornherein feststand, dass bei dem Zusammenstoss drei Nationalsozialisten angeschossen worden waren, lag es nahe, dass die Täter auf kommunistischer Seite zu suchen seien. (Zu den nationalsozialistischen Anwälten:) Das Gericht hofft auch, dass wenigstens viele von denen, die heute noch stürmisch den Kopf der Angeklagten verlangen, ihm in späteren ruhigeren Zeiten für das Urteil dankbar sein werden.

Die Angeklagten, die bereits am Vortage aus der Haft entlassen worden waren, wurden im Saal und später auf der Strasse von ihren Freunden herzlich begrüsst und beglückwünscht.

Der Vorsitzende versuchte in seiner Urteilsbegründung die Tendenz der Anklageerhebung zu rechtfertigen. Aber ein solch verhängnisvoller Irrtum der Staatsanwaltschaft wäre im ordentlichen Gerichtsverfahren, das erst nach richterlicher Voruntersuchung in Gang kommt, nicht möglich gewesen. Es sei denn, es wäre auf die Sachlichkeit und Unparteilichkeit der Polizei Verlass. Dass man sich auf die Polizei nicht verlassen kann und dass vielmehr mit dem Einflusse nationalsozialistischer Wünsche gerechnet werden muss, bewies die Gerichtsverhandlung zur Genüge. Es war bisher noch nicht da, dass die Photographie eines Tatverdächtigen, der von einem Zeugen wiedererkannt werden soll, zum Zwecke der besseren Rekognosizierung mit Seidenpapier überdeckt wurde - allerdings

handelte es sich um einen kommunistischen Tatverdächtigen. Es war bisher noch nicht da, dass ein Tatverdächtiger, der immerhin aufgrund der Terrornotverordnung mit der Todesstrafe rechnen musste, von der Polizei die Erlaubnis erhielt, mit der Strassenbahn aufs Präsidium zu kommen, weil im Polizeiauto kein Platz mehr war - allerdings handelt es sich hier um einen nationalsozialistischen Tatverdächtigen. Es war bisher noch nicht da, dass ein Tatverdächtiger aus der Haft entlassen wurde, "weil er ein einwandfreies Alibi nachweisen konnte", das - von der Polizei niemals nachgeprüft worden ist - allerdings handelte es sich um einen SA.-Mann.

Der Irrtum der Staatsanwaltschaft ist in mehrfacher Hinsicht verhängnisvoll. Ohne den Irrtum der Staatsanwaltschaft wäre den Angeklagten neun jungen Arbeitern jene Seelenqualen der Todesahnung erspart geblieben, von denen selbst der Vorsitzende sprach. Der Irrtum der Staatsanwaltschaft hat den wirklichen Mördern des SA.-Mannes Gatschke, die fast mit Bestimmtheit in den Reihen der eigenen Parteikameraden des Getöteten zu suchen sind, inzwischen Gelegenheit gegeben, einstweilen aus Berlin zu verschwinden. Wir können versichern, dass diese Gelegenheit benutzt wurde: der Sturm 33 ist nur noch zu einem Bruchteil in Berlin!

Ob die Vorgänge in der Nacht zum 29. August in der Röntgenstrasse jemals ganz aufgeklärt werden, kann mehr als zweifelhaft erscheinen. Das ist nicht nur bedauerlich im Interesse des Rechtes, sondern auch im Interesse der Angeklagten, denen das Gericht die erwiesene Unschuld zu bestätigen sich nicht entschliessen konnte, obschon auch der "Rädelsführer" Calm nochmals in seinem Schlusswort versichert hatte: "Wir haben die uns zur Last gelegte Tat nicht begangen und nicht begehen wollen, denn wir wollen die nationalsozialistischen Arbeiter nicht erschlagen, sondern in die antifaschistische Front einreihen". Das war sehr ruhig gesagt, klang sehr glaubhaft. Auch sonst musste es dem unbefangenen Beobachter der Moabiter Verhandlung erscheinen, als ob der sehr sachlich auftretenden Verteidigung der Rechtsanwälte Litten und Rosenfeld nicht nur der Nachweis der Unschuld der Angeklagten gelungen wäre, sondern auch der Nachweis der Schuld der Mitglieder der SA 33, die den Mordüberfall auf die von ihrer Versammlung heimkehrenden Kommunisten planmässig vorbereitet und durchgeführt, durch zu frühes Losschlagen aber bewirkt haben, dass der Bluttat ihre eigenen Leute zum Opfer fielen. Die Nationalsozialisten haben durch groteske Zeugenaussagen diesen Tatbestand zu verdrehen versucht. Das Gericht hat ihnen nicht geglaubt, misstrauisch gemacht durch die Berichte über den Dauerterror, der von den Mitgliedern der SA 33 in der Röntgenstrasse ausgeübt wurde, belehrt wohl auch die durch die Störungen deutscher nationaler Versammlungen durch Nationalsozialisten. Sind frühere Verurteilungen von angeklagten Arbeitern, insbesondere auch die Verurteilung unseres Reichsbannerkameraden Rothe, nicht damit zu erklären, dass die Gerichte über die Wesensart der Nationalsozialisten noch vor wenigen Wochen eine ganz andere, nämlich eine zu hohe Meinung hatten?

Das Gericht hat zweifellos seine Ueberzeugung über die psychologische Wahrscheinlichkeit der nationalsozialistischen Unschuld geändert. Es darf daher nur eine Konsequenz geben: die früheren Sondergerichtsurteile sind einer strengen Nachprüfung zu unterziehen.

Ego.

+ + +
Ueberschwemmung. Ost-Bosnien wurde durch eine Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht. Mehrere Ortschaften wurden zerstört - Es sind Todesopfer zu beklagen.

+ + +

Schiffsbrand. Im Hafen von Hamburg geriet das englische Motorschiff "Glenamoy" - vermutlich durch Selbstentzündung der aus Sojabohnen, Copra und Gummi bestehenden Ladung - in Brand. Das Feuer wurde dadurch erstickt, dass die Ladung unter Wasser gesetzt wurde.

Weltraumrakete explodiert. Am Donnerstag Nachmittag liess Ingenieur Winkler auf der Frischen Wehrung die von ihm konstruierte Flüssigkeitsrakete starten. In etwa 12 Meter Höhe explodierte der untere die Brennstoffbehälter fassende Teil der Rakete, die darauf sofort zu Boden fiel. Verletzt wurde niemand.

Verurteilte Devisenschieber. Von der Zweiten Grossen Strafkammer des Landgerichts I Berlin wurde der Bankbeamte Sedelmaier, der für 5½ Millionen Mark Effekten verschoben hat, wegen Devisenvergehens und schwerer Urkundenfälschung zu 3 Jahren 4 Monaten Gefängnis und zu 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen den Strassenhändler Adam Neuhauser lautete das Urteil wegen Beihilfe zum Devisenvergehen auf 10 Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 500 Mark. Die bei verschiedenen Banken bestehenden Konten der verurteilten Schieber fallen dem Reiche zu. Der Staatsanwalt hatte gegen Sedelmaier eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren gegen Neuhaus 2 Jahre Gefängnis beantragt.

Brand im Wetterhaus. Auf der niederländischen meteorologischen Station De Bilt brach aus unbekannter Ursache Feuer aus. Es entstand grösserer Sachschaden; da aber das Hauptgebäude mit seinen wertvollen Instrumenten nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde, konnte der Wetterdienst ungehindert seine Fortsetzung finden.

Acht Personen ertrunken. Durch Umschlagen eines Kahnbes auf dem Batang Serangan=Fluss (Sumatra) ertranken acht Personen.

Goethe=Medaille. Verlagsbuchhändler Dr. Friedrich Oldenbourg-München, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Deutschen Bücherei in Leipzig, und Dr. Heinrich Uhlendahl, Direktor desselben Instituts, wurden durch Verleihung der "Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft" ausgezeichnet.

Falsche Zwanziger. In Itzehoe wurden vier Personen unter der Beschuldigung in verschiedenen Orten Norddeutschlands falsche Zwanzigmarkscheine verbreitet zu haben, verhaftet. Weitere Festnahmen stehen bevor.

500 Meter tief gestürzt! Im Norditalien stürzte ein mit sieben Personen besetztes Auto bei einer schmalen Kurve in einen 500 Meter tiefen Abgrund. Vier Insassen des Wagens wurden auf die Böschung geschleudert und kamen mit leichten Verletzungen davon; der Zustand der drei anderen Mitfahrer, die mit in die Tiefe gerissen wurden, ist lebensgefährlich. Das Auto ist vollkommen zertrümmert.

Raubüberfall. In Stettin wurde eine über 60 Jahre alte Witwe in ihrer Wohnung überfallen, niedergeschlagen und ihrer Ersparnisse in Höhe von etwa 500 Mark beraubt. Der Täterschaft dringend verdächtig ist ein Ehepaar, das sich am Tag zuvor bei der Überfallenen eingemietet hatte.

Der erste Schnee. In den Allgäuer Hochalpen fiel Schnee. Die Schneegrenze geht bis auf 1200 Meter hinab.



Zusammenschluss oder Zusammenbruch?

Vor den Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn.

SPD. Am 9. und 10. Oktober werden die Beamtenräte bei der Reichsbahn neugewählt. Diese Wahlen reichen in ihrer Bedeutung für die Beamtenschaft weit über die Grenzen der Reichsbahn hinaus. Die Reichsbahn ist die Verwaltung, wo der Beamtenrätgedanke praktisch am weitesten durchgeführt ist. Die Entwicklung des Beamtenrätewesens bei der Reichsbahn ist richtungsgebend, wahrscheinlich sogar ausschlaggebend für den gesetzlichen Ausbau des Beamtenvertretungswesens.

In einer Zeit, in der die Reaktion ihr Haupt erhebt, ist es angebracht, die Beamten auf die Tatsache hinzuweisen, dass erst die Verfassung der Republik den Beamten das Recht gegeben hat, Beamtenräte zu wählen und dadurch mitzuwirken an der Regelung ihrer Dienst- und Rechtsverhältnisse. Die Beamtenvertretungen sind eine Errungenschaft der vielgeschmähten demokratischen Republik, ebenso wie die Vereinigungsfreiheit der Beamten und das Recht auf politische Meinungsfreiheit.

Viele Beamte haben das vergessen. Sie folgen den Lockungen der nationalsozialistischen Agitation und bedenken nicht, dass mit der Beseitigung der demokratischen Republik auch das freie und unabhängige, in seinen Rechtsgrundlagen gesicherte Berufsbeamtentum verschwinden würde, das im Gegensatz zum früheren Obrigkeitsstaate die Verfassung von Weimar erst geschaffen hat. Mit Recht führt der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands in seinem Wahlauf Ruf aus:

"Wer sich zur faschistischen Hitlerbewegung bekennt, verneint das Beamtenrätewesen und die Vereinigungsfreiheit der Beamten. Er untergräbt damit die Plattform für die erfolgreiche Vertretung der Beamteninteressen. Die Herstellung eines freien und gesicherten, von Parteiwillkür und Verwaltungsschikane unabhängigen Beamtentums ist nur möglich im Zusammenwirken mit den entschieden republikanischen, fortschrittlich und sozial eingestellten Kräften des deutschen Volkes."

In ihrem eigenen Interesse müssen daher die Beamten die parteiliche Zersetzung der Beamtenvertretungen durch nationalsozialistische Zellen abwehren. Die nationalsozialistische Eisenbahnerorganisation tritt mit eigenen Vorschlagslisten auf; aber auch der sich "neutral" nennende Zentralgewerkschaftsbund hat Nationalsozialisten an vorderster Stelle seiner Vorschlagslisten berücksichtigt und wirbt mit dieser Begründung um die Gunst der nationalsozialistischen Beamten. So hat diese Organisation den ihr angehörenden 1. Vorsitzenden des Hauptbeamtenrats, also den obersten Amtsträger des Beamtenrätekorpers bei der Reichsbahn, deshalb nicht wieder aufgestellt, weil er einem nationalsozialistischen Kandidaten Platz machen musste.

Die Ausschaltung jedes nationalsozialistischen Einflusses auf die Beamtenräte ist aber notwendig, wenn die Beamtenvertretungen nicht in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt werden sollen. Die Nationalsozialisten machen gar kein Hehl daraus, dass sie die Vertretung der Beamteninteressen bis zur Verwirklichung des dritten Reiches zurückstellen. Bis dahin wollen sie

die Beamtenräte lediglich als Tummelplatz für ihre Agitation benutzen und sie in ihrer Arbeitsfähigkeit ebenso lahmzulegen versuchen, wie sie das in den Parlamenten getan haben.

Merkwürdigerweise wird die Hitlerbewegung im Reichsbahnbetriebe vorwiegend durch Beamte der oberen Gruppen gefördert und auf den nationalsozialistischen Vorschlagslisten treten in beträchtlicher Zahl Reichsbahnräte und sogar Oberräte auf. Das dürfte allerdings den Massen der Beamten in den unteren und mittleren Gruppen zeigen, wohin die Reise gehen soll. Man verspricht sich in diesen Kreisen von einer Förderung der Nationalsozialisten eine Schwächung und schliessliche Beseitigung der Beamtenräte und der Gewerkschaften, um wieder wie in der Vorkriegszeit den Herrn-im-Hause spielen zu können.

Die neu zu wählenden Beamtenräte bei der Reichsbahn stehen vor überaus schwierigen Aufgaben. Es gilt nun, die Forderung der Eisenbahner "Reichsbahn zurück zum Reich" praktisch in die Tat umzusetzen. Die Eisenbahner fordern, dass nunmehr die autonome Stellung der Reichsbahn beseitigt wird, die Reichsbahnbeamten in die allgemeine Beamtengesetzgebung des Reiches wieder einbezogen und die zahlreichen Verschlechterungen in den Rechts-, Besoldungs- und Dienstverhältnissen aufgehoben werden, die von der Reichsbahn-Gesellschaft unter Missbrauch ihrer Sonderstellung diktiert worden sind.

Das besondere Merkmal der Organisationsverhältnisse unter den Reichsbahnbeamten ist Zersplitterung und kleinlicher Gruppenkampf. Zwar hat der Zusammenschluss auf gewerkschaftlicher Grundlage im Einheitsverband der Eisenbahner schon gute Fortschritte gemacht. Nach den Ergebnissen der Betriebs- und Beamtenrätewahlen bekennt sich rund die Halfte der Eisenbahner zum Einheitsverband. Die andere Hälfte der Eisenbahner verteilt sich noch immer auf rund 60 Verbände und Vereine, davon entfällt der Hauptteil auf die Reichsbahnbeamten. Unter solchen Verhältnissen hat es die Reichsbahnverwaltung naturgemäss leicht, ihre rücksichtslose und brutale Personalpolitik durchzusetzen. Sie bringt es fertig, einen Massenabbau der Arbeiter durchzuführen und zehntausende von Beamten auf dem Wege der Zwangspensionierung aus dem Eisenbahndienste zu entfernen, während auf der anderen Seite noch für den grössten Teil des Personals Dienstsichten von 12 bis 15 Stunden Dauer an der Tagesordnung sind.

Es liegt in der Hand der Eisenbahner, hier Wandel zu schaffen. Sie müssen erkennen, dass ihre Kraft in ihrer Einigkeit und Geschlossenheit liegt und dass nur die Demokratie ihnen den Kampfboden lässt für die erfolgreiche Vertretung ihrer sozialen Interessen. Gegenüber den nationalsozialistischen Feinden der Gewerkschaften und der sozialen Demokratie kann es keine "wohlwollende Neutralität" geben, sondern nur entschiedenen Kampf. Träger dieses Kampfes ist allein die freigewerkschaftliche Eisenbahnerorganisation, ist der Einheitsverband der Eisenbahner. Ihm gehören die Stimmen aller gewerkschaftlich und republikanisch eingestellten Beamten, Hilfsbeamten und Anwärter.

SPD. Die Exportmardpolitik der Reichsregierung droht in Holland, wo sie besonders viel böses Blut gemacht hat, den armen deutschen Hausangestellten zum Verhängnis zu werden. Die nationalistische Presse Hollands jammert schon seit längerer Zeit über die Ueberfüllung des niederländischen Arbeitsmarktes mit deutschen weiblichen Arbeitskräften. Es ist auch bereits ein Gesetzentwurf zum Schutz der nationalen Arbeitskraft in Vorbereitung, mit dem eine Kontingenierung der Zahl der in Niederland arbeitenden Ausländer herbeigeführt werden soll. Unter den Ausländern steht der Zahl nach die Gruppe der deutschen Hausangestellten oben an. Sie wird auf etwa 65 000 ge-

In normalen Zeiten, wo Zehntausende junger niederländischer Mädchen in der Textil- wie in der Elektro-Industrie ihr Brot fanden und die holländische Hausfrau infolgedessen nur schwer eine einheimische Arbeitskraft für den Haushalt bekommen konnte, nahm selbstverständlich niemand Anstoss an einer starken Zuwanderung deutscher Hausangestellter nach Holland, obwohl diese vielfach als Lohndrücker - sie sind fast alle unorganisiert - auftraten. Heute liegen die Dinge anders. Die Wirtschaftskrise hat Tausende junger holländischer Mädchen, die bisher in der Industrie arbeiteten, brotlos gemacht, und diese suchen nun als Hausangestellte irgendwo unterzukommen. Auf der andern Seite ist die Nachfrage nach Hausangestellten stark zurückgegangen, da so mancher Haushalt sich einschränken muss. Vermehrtes Angebot und verringerte Nachfrage haben die Lage für die deutschen Hausangestellten sehr gefährlich gestaltet. Kein Wunder, dass sich diese armen deutschen Hausangestellten um jeden Preis in ihrer Stellung zu halten versuchen. Sie sind schon mit Kost und Logis zufrieden, weil jeder Brief von zu Hause flehentlich bittet, um Gotteswillen nicht zurückzukommen; daheim sind ja die Esser ohnehin viel zu viele.

Die Exportmordpolitik der Reichsregierung wird, wie man sieht, nicht nur in Deutschland neue Arbeitslose schaffen, sie wird auch noch Tausenden von deutschen Arbeitskräften, die sich mit Mühe und Not im Ausland einen Arbeitsplatz gesucht und erkämpft haben, Arbeitsstelle und Brot nehmen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen - die Herrschaften, die über den breiten Rücken Hitlers in die Macht geklettert sind!

SPD. Die Streiks der Berliner Möbeltransportarbeiter, der Hamburger Verkehrsarbeiter, der Hochseefischer und verschiedener anderer Arbeitnehmergruppen des Gesamtverbandes in verschiedenen Teilen des Reiches haben eines sehr deutlich bewiesen: die Gewerkschaften pfeifen wahrhaftig nicht auf dem letzten Loch. Die neuen Wutausbrüche der Scharfmacherpresse gegen die Gewerkschaften verraten die grosse Enttäuschung der "feinen Leute", die sich nach dem Aufstieg der Hitlerei einbildeten, die Gewerkschaften seien fertig. Mit Erstaunen müssen diese Enttäuschten feststellen, dass sich in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft trotz der niedrückenden Wirkung der Krise neue Aktivität regt. Diese neue von unten her in der Arbeiterschaft sich regende Kampfkraft muss von den Gewerkschaften durch eine grosse Werbeaktion gesteigert und zur Entfaltung gebracht werden.

Mit einer solchen Werbeaktion ist der Gesamtverband bereits auf den Plan getreten. Das ganze Winterhalbjahr will er zur Stärkung der Organisation benutzen. Die Mitglieder der Ortsverwaltungen, die Fachgruppenleitungen und Beiräte, die Betriebs- und Hauskassierer, die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenräte in den Betrieben und Verwaltungen - alle, die das Herz auf dem rechten Fleck und Courage im Leib haben, werden aufgerufen, die neue Werbearbeit durchzuführen. In den Funktionär- und Mitgliederversammlungen wird die neue Werbeaktion durch die Erfahrungen aus der Praxis beleuchtet werden. Alle Arten agitatorischer Tätigkeit, selbstverständlich auch Lichtbild und Film sowie Veranstaltungen geselliger Natur für Arbeiter, Invaliden und Arbeitslose sollen in Anwendung kommen. Auch der bevorstehende Reichstagswahlkampf wird in den Dienst der Agitation gestellt.

Der Appell des Gesamtverbandes zur Mitarbeit in der Werbeaktion richtet sich nicht zuletzt an die Jugendlichen und an die Frauen und vor allem an die Verbandsmitglieder, die in den letzten Jahren die zentralen und bezirklichen Bildungskurse der Organisation besuchten. Dass die gesamte Ver-

bandspresse und Tagespresse der freiorganisierten Arbeiterschaft die Werarbeiten unterstützen muss, versteht sich von selbst. Der Verbandsvorstand schliesst seinen Aufruf zur Werbeaktion mit den Schlussworten des Verbandsprogramms: Stärkung der gewerkschaftlichen Macht bedeutet Schwächung der Macht des Kapitalismus. Für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs gibt es keinen Weg, der sicherer zum Ziel eines freien und wahren Menschentums führt, als den Anschluss an den Gesamtverband.

Die Kleinarbeit hat die Gewerkschaften und die Partei gross gemacht. Kein Wunder, wenn das deutsche Wort "Kleinarbeit" in den Sprachschatz der ausländischen Arbeiterbewegung übergegangen ist. Die Treue und Hingabe der Kleinen ist mehr wert als der Ehrgeiz der Grossen. Die freie Arbeiterbewegung ist dafür im Gegensatz zur Hitlerbewegung der lebendigste und ein überzeugender Beweis.

Und also lautet die Parole für den Winter: Werben! Werben! Werben!

SPD. Der Unfug, den die Unternehmer neuerdings wieder mit der Beantragung von einstweiligen Verfügungen gegen die Gewerkschaften treiben, grassiert im Augenblick vor allem im Baugewerbe. So verlangte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Schleswig-Holstein von dem Arbeitsgericht Neumünster eine einstweilige Verfügung, worin nach bekanntem Muster der gewerkschaftlichen Organisation aufgegeben werden soll, jede Kampfhandlung wegen unberechtigten Lohnabzugs sowie jede materielle und ideelle Unterstützung irgendwelcher Streiks zu unterlassen. Ja, Bauwillige oder Bauherren sollen nicht einmal ersucht werden dürfen, von tarifbrüchigen Firmen Arbeiten nicht ausführen zu lassen.

Das Arbeitsgericht entschied, dass es seinen Spruch über die einstweilige Verfügung zurückstelle, bis der Schlichter eine Erklärung abgegeben habe, ob die Notverordnung für das Baugewerbe und ihre Nebenbetriebe überhaupt Anwendung findet.

Auch im Münchener Baugewerbe wollen die Unternehmer mit einstweiligen Verfügungen die Bauarbeiter klein kriegen. Bei verschiedenen Firmen kam es bei dem Versuch der Arbeitgeber, in Verbindung mit Mehreinstellungen die Löhne zu kürzen, zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Der Bayerische Baugewerbeverband hat daraufhin gegen die Tarifgewerkschaften eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht München beantragt. Die Gewerkschaften haben dagegen beim Arbeitsgericht Einspruch erhoben.

SPD. Die Zahl der Arbeitslosen in New York wird mit 1 150 000 gegen 300 000 im Jahre 1930 angegeben. Danach ist also ein Drittel der New Yorker Arbeiterbevölkerung erwerbslos. Der Wohlfahrtsrat forderte für Hilfsausgaben im kommenden Winter eine Mindestsumme von sechs Millionen Dollars.

Unbegreifliche Kontingentierungspolitik.

Stimmen aus Holland.- Was ist mit den deutsch-italienischen Verhandlungen?

SPD. Die Auslandsstimmen zum Misserfolg der deutschen Kontingentierungspolitik in Holland liegen jetzt vor und man erkennt nun, wie gross die Schlappe ist, die sich Deutschland dort geholt hat. Dabei ist bemerkenswert, dass die holländischen Pressestimmen verständlich und entgegenkommend gehalten sind. Aber man lehnt es ab, auf unmögliche Vorschläge Deutschlands einzugehen. In der ganzen Situation, wie sie durch die deutsche Kontingentierungspolitik geschaffen worden ist, liegt die Gefahr, dass Deutschland sich in die Rolle des handelspolitischen Provokateurs hineinmanövriert.

Der Amsterdamer "Telegraaf" schreibt: "Die ganze Torheit der deutschen Kontingentierungsmassnahmen falle ins Auge, wenn man bedenkt, dass Deutschland das reichste und blühendste Land der Erde sein würde, wenn seine Handelsbeziehungen mit den übrigen Staaten einen ebenso grossen vorteilhaften Saldo abwürfe, wie das im Warenverkehr Deutschland mit Holland der Fall ist". Der Amsterdamer "Telegraaf" scheint das nicht ohne Sinn und ohne Zweck geschrieben zu haben. Man fürchtet in Holland, dass Deutschland Italien besondere Zugeständnisse hinsichtlich der Einfuhr italienischer Agrarwaren nach Deutschland machen will, um sich für die holländische Schlappe zu rächen. Das wäre politisch äusserst gefährlich; wirtschaftlich aber vollendeter Unsinn. Unser Warenexport verträgt es eben nicht, dass man ein Land wie Holland, das der beste Kunde Deutschlands ist, zu Gunsten eines Landes ausgeschaltet wird, das auch annähernd nicht so viel deutsche Waren aufnehmen kann wie Holland. Die deutsche Handelsbilanz mit Holland schloss im Jahre 1931 mit einem deutschen Ausfuhrüberschuss in Höhe von 570 Millionen Mark ab, im ersten Halbjahr 1932 mit einem Überschuss von 180 Millionen. Dagegen ergab sich im Handelsverkehr mit Italien im Jahre 1931 ein Überschuss von 72 Millionen und im ersten Halbjahr 1932 ein Überschuss von nicht ganz 35 Millionen Mark. Das Bild wird noch zu Gunsten Hollands verschoben, wenn man den Fertigwarenverkehr mit beiden Ländern allein berücksichtigt.

Der "Nieuwe Rotterdamsche Courant", der ja auf Grund besonderer Beziehungen seit jeher deutschfreundlich eingestellt ist, beschäftigt sich mit den bekannten "Schönheitsfehlern" der deutschen Kontingentierungskommission. "Die deutsche Delegation sei", so wird ausgeführt, "nicht einmal von einem dazu geeigneten Dezernenten der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes geleitet worden, sodass die Unterhändler nicht den Namen als solche verdienen." Zunächst war die Kontingentierungsdelegation allerdings so gedacht, dass die Führung der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun selbst übernehmen sollte. Nachher hat man sich das anders überlegt und den Ministerialrat Walter damit betraut. Wenn Walter, der sich ohne Zweifel über den Misserfolg der ihm anvertrauten Delegation klar gewesen sein muss, diesen Auftrag abgelehnt hätte, dann hätte er in seinem Ministerium sicherlich angestossen. Aber seinem Lande würde er einen grossen Dienst erwiesen haben. Das hat er leider versäumt.

Die Stimmen aus Holland bestärken uns in unserer Auffassung, dass es die höchste Zeit ist, die Kontingentierungskommission zurückzurufen!

SPD. Im Gegensatz zu den grossen Rohstoffmärkten, wo sich, wenn auch unter Rückschlägen, seit Mitte 1932 eine Besserung angebahnt hat, ist für die industrielle Produktion noch keine Erholung festzustellen. Dabei ist bemerkenswert, dass sich die industrielle Produktion seit Jahresbeginn in Deutschland besser behauptet als in den übrigen Industrieländern der Welt. Die Indexziffer der industriellen Weltproduktion, Stand von 1928 = 100 gesetzt, sank von 76,1 im Januar 1932 auf 67,2 im Juli 1932. Das ist eine Schrumpfung um 11,7 %. Ihr steht ein Rückgang der deutschen Industrieproduktion um nur 6,5 % gegenüber.

Der Anteil Deutschlands an der industriellen Weltproduktion ist dabei leicht gestiegen und zwar von 7,7 % zu Beginn des Jahres 1932 auf 8,2 % um die Jahresmitte. Jedoch muss man dabei berücksichtigen, dass der Anteil Deutschlands an der industriellen Weltproduktion im Jahre 1928 nicht weniger als 10,6 % betrug und 1913 sogar 14,2 %. Auch mit dem um Mitte 1932 gestiegenen Anteil steht Deutschland noch immer an vierter Stelle unter den Industrieländern der Welt, während es 1918 und 1913 an zweiter Stelle stand. Vor ihm rangieren gegenwärtig Amerika, England und Russland.

SPD. Der Deutsche Industrie- und Handelstag wendet sich mit aller Schärfe gegen die Kontingentierungspolitik der Regierung. "Einer auf Ueberwindung der Arbeitslosigkeit gerichteten Politik", so führt er aus, "würde es widersprechen, wenn gleichzeitig auf handelspolitischem Gebiete die Arbeitsbeschäftigung für Ausfuhrzwecke, in der zur Zeit etwa 3 Millionen Menschen stehen, durch solche Massnahmen der Einfuhrhemmung beeinträchtigt würde, die nach der gegenwärtigen Sachlage neue Hemmungen für die deutsche Ausfuhr nach sich ziehen würden. Der Landwirtschaft, deren Preise vor allem durch die Kaufkraftschwächung der städtischen Bevölkerung gedrückt sind, würde dadurch nicht geholfen, ein auch nur annähernd ausreichender Ausgleich durch Mehrbeschäftigung in land- und gartenwirtschaftlichen Betrieben nicht erreicht, Kauf- und Steuerkraft neuerlich gedrückt werden. Die möglichste Erhaltung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit für Ausfuhr ist gegenwärtig nicht etwa eine Sache internationaler Ideologie, sondern ein Erfordernis der Beschäftigung deutscher Menschen in der Industrie, in Handel wie nicht zuletzt auch in der Landwirtschaft. Es ist daher für die Reichsregierung eine vordringliche Aufgabe, diese Fragen unter dem nationalen Gesichtspunkt der Arbeitserhaltung abseits irreführender Schlagworte zu entscheiden und die gegebenen handelspolitischen Möglichkeiten offen zu halten."

SPD. Der Klöcknerkonzern, oft als katholischer Konzern unter den Ruhrreichen bezeichnet, weil seine beiden Leiter Peter und Florian Klöckner, der Zentrumspartei nahestehen, eröffnet den fälligen Reigen der Ruhrbilanzen mit seinem Abschluss für das Jahr 1931/32. Sowohl bei der Klöcknerwerke A.G. als auch bei der Humboldt-Deutzmotoren A.G.-Köln ergibt sich ein Verlust. Bei den Klöcknerwerken beträgt dieser 10,43 Millionen Mark, bei Humboldt-Deutz wird er mit 4,50 Millionen Mark ausgewiesen. Wenn der Klöcknerkonzern, wo die Verhältnisse günstiger liegen als anderswo, schon mit einem erheblichen Verlust abschliesst, lässt das allerhand ahnen und man begreift nicht den Optimismus hinsichtlich der Sanierung der Schwerindustrie, wie er zuletzt von dem nationalsozialistischen Industriellen Fritz Thyssen bekundet worden ist.

Bei den Klöcknerwerken vermindert sich der Betriebsüberschuss einschließlich Gewinnvortrag von 24,04 Millionen Mark im vorigen Jahr auf 12,04 Millionen. Die sozialen Lasten gingen von 6,44 auf 4,32 Millionen zurück, die Steu-

ern von 6,33 Millionen auf 4,44 Millionen und die Anleihezinsen von 3,33 auf 2,87 Millionen Mark. Es verbleibt also ein Rohgewinn von rund 396 000 Mark gegenüber 7,92 Millionen Mark im vorigen Jahr.

Ein besonderes Kapitel sind bei Klöckner die Abschreibungen. Auf die Anlagen allein sind für das Jahr 1931/32 rund 7,06 Millionen Mark abgeschrieben gegenüber Gesamtabschreibungen im vorigen Jahr in Höhe von 7,92 Millionen Mark. Diesmal kommen Währungsverluste in Höhe von 593 000 Mark dazu. Auf Wertpapiere und Beteiligungen sind 366 000 Mark abgeschrieben worden und auf Vorräte 2,80 Millionen Mark. Aufwendungen in Höhe von rund 10,83 Millionen Mark bedingen einen Verlust von 10,43 Millionen Mark, während im vorigen Jahr noch rund 5 000 Mark vorgetragen werden konnten. Der Verlust wird aus dem Reservefond mit 7,5 Millionen Mark gedeckt. 2,93 Millionen Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Klöcknerkonzern teilt nur die nackten Ziffern mit. Wie er sich eine spätere Regelung denkt, darüber wird nichts verlautbart. "weifelsohne wird, aber dieser Konzern, der in wenigen Jahren fast 60 Millionen Mark an Rationalisierung, also an neuen Anlagen, allein ausgewiesen hat, wohl nicht an einer besonderen Sanierung vorbei kommen.

Bei Humboldt-Deutzmotoren verringert sich der Betriebsüberschuss von 7,03 Millionen Mark auf 2,65 Millionen. Die sozialen Lasten gingen von 3,16 auf 2,31 Millionen zurück, die Steuern von 1,79 Millionen auf 1,27 Millionen. An Währungsverlusten werden 359 000 Mark abgeschrieben. Somit ergibt sich ein Betriebsverlust von 1,26 Millionen Mark. Die Abschreibungen auf Anlagen sind von 2,046 Millionen Mark im vorigen Jahr auf 1,42 Millionen Mark heruntersetzt. Bei den Beteiligungen werden abgeschrieben 553 000 Mark und bei den Debitoren 1,26 Millionen Mark. Dadurch erhöht sich der Verlust auf 4,502 Millionen Mark. Durch Kapitalherabsetzung macht man 350 000 für die Verlustdeckung frei. Weitere 1,47 Millionen Mark werden durch Auflösung der Reserven verfügbar. Es bleibt mithin ein Verlust zum Vortrag in Höhe von 2,68 Millionen Mark.

SPD. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat meldet für den Monat September eine Absatzbelebungsung , die in der Hauptsache wohl auf dem besseren Absatz von Hausbrandkohle beruht. Der Absatz stellte sich im September arbeitstäglich auf 159 000 Tonnen gegen 147 000 Tonnen im August. Der Absatz ins unbestrittene Gebiet stieg von 69 000 Tonnen im August auf 76 000 Tonnen, der Absatz in das bestrittene Gebiet von 78 000 Tonnen auf 83 000 Tonnen. Die Hallenbestände haben sich mit 8,84 Millionen Tonnen gegenüber dem Vormonat, wo sie 8,91 Millionen Tonnen betrugen, nur wenig verringert.

SPD. Nach dem Statistischen Amt verspricht die Kartoffelernte der Menge und Beschaffenheit nach zufriedenstellende Erträge. Zucker- und Rüben- und Rüben haben sich infolge der Niederschläge gegen Ende September erholt.

SPD. Der Reichsverband der Automobilindustrie hat beschlossen, im Frühjahr 1933 eine Ausstellung von Motorrädern und Personen- und Lastkraftwagen abzuhalten.

Weizenbaisse.

(Berliner Getreidebörse vom 6. Oktober)

SPD. Eine ausgesprochen flaue Stimmung für Weizen kam am Donnerstag an der Berliner Produktbörse zum Durchbruch. Diese wurde hervorgerufen durch das erheblich stärkere Angebot, dem keine genügende Kaufkraft der ausreichend versorgten Mühlen gegenüberstand. Auch die Abschwächung an der amerikanischen Vortagsbörse mag hierbei mitgesprochen haben, da die schon an sich geringen Exportmöglichkeiten für Weizen fast völlig vernichtet sind. Der Preisverlust des Weizens betrug $3\frac{1}{2}$ Mark am Promptmarkt, während sich am Markte der Zeitgeschäfte Preisverluste von 3 bis $3\frac{1}{2}$ Mark ergaben. Auch Roggen war aus den gleichen Gründen schwächer veranlagt. Hier war das Angebot gleichfalls grösser geworden; jedoch konnte der grösste Teil der auf den Markt gebrachten Ware bei den Stützungsstellen Unterkunft finden. Die Mühlen zeigten auch hier wenig Kaufneigung. Der Preisverlust stellte sich im Durchschnitt auf etwa $1\frac{1}{2}$ Mark am Markte der Zeitgeschäfte wie im Handel mit prompter Ware. Das schlechte Mehlgeschäft, das für diese Vorgänge in erster Linie verantwortlich zu machen ist, hielt auch am Donnerstag an. Es kamen bei unveränderten Forderungen der Mühlen nur wenig Umsätze zustande. Ziemlich stetig war die Tendenz für Hafer. Auch Gerste konnte ihren Preisstand behaupten, da sich bei knappem Angebot einige Nachfrage des Konsums zeigte.

	<u>5.10.</u>	<u>6.10.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	203 - 205	199 $\frac{1}{2}$ - 201 $\frac{1}{2}$
Roggen	156 - 158	155 - 157
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrieroggen	167 - 173	167 - 173
Hafer	135 - 140	135 - 140
Weizenmehl	25,50 - 29,00	25,50 - 28,76
Roggenmehl	20,25 - 22,75	20,25 - 22,75
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 213 - 212 (215 $\frac{1}{2}$), Dezember 214 $\frac{1}{2}$ - 213 $\frac{1}{2}$ (216 $\frac{1}{2}$), März 218 $\frac{1}{2}$ - 217 (222), Roggen Oktober 165 $\frac{1}{2}$ - 164 $\frac{1}{2}$ (166), Dezember 165 $\frac{1}{2}$ - 165 $\frac{1}{2}$ (168 $\frac{1}{2}$), März 169 $\frac{1}{2}$ - 169 (171). Hafer Oktober 143 $\frac{1}{2}$ (-), Dezember 143 $\frac{1}{2}$ - 143 (143), März -(-).		

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 6. Oktober). A. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 g 11, über 60 g 10,50, über 55 g 10, über 48 g 9, frische Eier über 55 g 9 - 9,50, aussortierte, kleine und Schmutzeier 7 - 7,50. B. Auslandsener: Dänen und Schweden 18er 9, 17er 8,75, 15 $\frac{1}{2}$ - 16er 8 - 8,25, leichtere 7,50, Estländer 17er 8,25, 15 $\frac{1}{2}$ - 16er 7,75 - 8, leichtere 7,50. Rumänen 6,75 - 7,25, Ungarn und Jugoslawen 7 - 7,50, Russen normale 6,50 - 6,75, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6 - 6,50. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön. Tendenz: Fest, deutsche knapp.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 77

Berlin, den 6. Oktober 1932.

Die elektrische Küche.^x

SPD. Wenn die Frau des Arbeiters oder des kleinen Angestellten vor zwei Jahrzehnten elektrische Haushaltsgeräte zu Gesicht bekam, dann zuckte sie gewöhnlich mit den Achseln und machte eine abwehrende Handbewegung: "Sehr schön das alles - aber unsereins wird sich so etwas niemals leisten können!" Heute jedoch hat sich eine ganze Anzahl elektrischer Apparate bereits in Millionen von Haushaltungen durchgesetzt, wie Staubsauger, elektrisches Bügeleisen und Heizkissen. Und hätte die Wirtschaftskrise, die ungezählte Männer und Frauen zu unfreiwilligem Feiern verurteilte, diese Entwicklung nicht unterbrochen, so wäre sicherlich auch der elektrische Herd heute in einer weit grösseren Anzahl von Haushaltungen zu finden.

Man kann mit Achselzucken und abwehrender Handbewegung jede moderne Ausstellung elektrischer Herde abtun, in dem Gefühl: "Was nützt es, wenn ich mir die Sachen anschau - kaufen kann ich sie ja doch nicht!" Man kann aber auch eine ganz andere Einstellung einnehmen: "Weshalb soll ich von vorn herein auf etwas verzichten, das doch für mich genau so gut da sein müsste wie für andere? Wenn ich es auch heute nicht kaufen kann, so will ich doch die Entwicklung der modernen Küche nicht ausser acht lassen". - Es wird so viel von der Senkung der Elektrizitätstarife gesprochen, von der Billigkeit des elektrischen Kochens, von seiner Zweckmässigkeit und Hygiene. Andre bestreiten das alles und wenden ein, das Kochen auf dem guten, alten Kohlenherd sei mindestens genau so gesund und vor allem viel billiger. Was ist nun richtig? Und vor allem: Wie teuer ist die Benützung elektrischer Geräte im einzelnen?

Machen wir einen kleinen Rundgang! Wir beginnen in einer Lehrküche der Arbeiterwohlfahrt. Eine Anzahl erwerbsloser Mädchen soll hier im Kochen ausgebildet werden. Ein elektrischer Plattenherd, eine Brat- und Backröhre, ein kleiner elektrischer Volksherd und ein elektrischer Heisswasserspeicher sind vorhanden. Etwas verwundert betrachtet man das alles. "Was hat das für einen Zweck, dass die Mädchen hier kochen lernen? Daheim gibt's doch höchstens einen alten Küchenherd oder einen gusseisernen Ofen, wenn es gut geht!" Aber die jungen Mädels unterbrechen uns lebhaft. "Schlimm genug, dass es so ist!" ruft die eine. "Deshalb brauchen wir aber doch hier nicht auch noch denselben Murks mitzumachen!" - "Ein Glück, dass man hier mal sieht, was es alles gibt", ruft eine andere. "Das werd' ich mir merken für später, wenn mir's mal besser geht!" - Wir erkundigen uns im einzelnen nach den Ergebnissen. "In drei Kursen, die immer 80 Stunden umfassen, ist das Essen nicht ein einziges Mal angebrannt", ist die Antwort. "Und dabei kann man eine Menge Arbeiten erledigen, wenn das Essen auf der Kochplatte steht, denn es braucht viel weniger Beaufsichtigung als auf dem alten Kohlenherd. Ausserdem schmeckt es viel besser, denn es verliert viel weniger von seinem Nährgehalt. Die Wärme ist gleichmässig gering, die Töpfe schliessen gut, und so werden die Gemüse in ihrem eigenen Dampf und in Fett gar. Die Vitamine A und D, die durch starke Hitze zerstört werden, und Vitamin C, das durch den Sauerstoff der Luft vernichtet wird, werden hier erhalten."

Werfen wir einen raschen Blick in eine zweite Lehrküche! Auch hier

elektrische Herde und Röhren. "Wie lange sind die Herde im Gebrauch?" - "Seit über einem Jahr! Sehen Sie sich die Wände und die Decke an! Wie würden die aussehen, wenn hier mit Kohle gekocht würde! Und welche Luft müssten wir hier täglich einatmen! So aber ist das Kochen ein Vergnügen!"

So weit wäre alles sehr schön. Aber nun kommt die Hauptfrage: Was kostet das? - Die Beratungsstellen der Elektrizitätswerke geben gern darüber Auskunft. "Eine Doppelkochplatte, also ein kleiner elektrischer Tischherd, der besonders für junge Ehepaare oder für Alleinstehende zweckmässig ist, kostet etwa 40 Mark. Auf diesem Tischherd können Sie kochen wie auf Ihrem grossen alten Kohlenherde daheim!" - "Das wäre vielleicht für manchen heute noch erschwinglich; aber was kostet die Benützung? Sind Kohlen nicht billiger?" - "Hier haben Sie eine Übersicht über die Betriebskosten. Bei einem Strompreis von 8 Pfennig für die Kilowattstunde - eine ganze Reihe von Elektrizitätswerken hat ja bereits die Strompreise gesenkt - kostet eine Stunde Bügeln mit dem elektrischen Bügeleisen etwa 4 Pfennige, eine Stunde Wärmflasche 0,1 Pfennig, das Kochen von zwei Litern Wasser auf einer 14 cm grossen elektrischen Kochplatte 1,6 Pfennig, 10 Minuten Hartrocknen durch den Heissluftföhn 0,7 Pfennig, eine halbe Stunde Staubsaugen 0,8 Pfennig, eine Stunde Heizkissen 0,5 Pfennig und endlich die Benutzung des Nähmaschinenmotors 0,5 Pfennig in der Stunde."

In Berlin gibt es bereits eine "feuer- und rauchlose", also vollelektrische Siedelung. Die Hausfrauen dieser Siedelung backen, braten und kochen auf weissen elektrischen Herden und beziehen Strom zu 7 Pfennig für die Kilowattstunde. Die monatliche Grundgebühr beträgt 3,30 Mark. Eine vollelektrische Dreieinhalbzimmerwohnung verbrauchte im Januar 1931 durchschnittlich etwa 11,50 Mark an Strom für Licht, kochen und Haushaltsgeräte. Die kleinen Wohnungen verbrauchten natürlich entsprechend weniger. Die Wäsche wird in zentralen elektrischen Waschküchen gewaschen, und jede Hausfrau kann in vier Stunden ihre Wäsche kochen, waschen, trocknen, bügeln und schrankfertig herrichten. Es handelt sich hier um eine Siedelung, die vorzugsweise für Angestellte bestimmt ist - ein Grund mehr für den Arbeiterhaushalt, sich nicht widerstandslos und hoffnungslos mit der Lage der Verhältnisse, die heute vielfach herrschen, zufrieden zu geben. Wenn die Forderungen der Arbeiterschaft nach gesunden, luftigen Wohnungen heute auch zurückgetreten sind hinter dem grossen Problem der Arbeitsbeschaffung, so sind diese Wünsche und ihre Erfüllung, deren Berechtigung niemand bestreiten wird, der die Wohnhöhlen der Grosstadt kennt, doch keineswegs zu völligem Verstummen bestimmt. In engstem Zusammenhange mit der Wohnungs- und Lohnfrage hat aber auch die Frau des Arbeiters und Angestellten von heute allen Grund, der Weiterentwicklung der elektrischen Küche ihre grösste Aufmerksamkeit zuzuwenden und die weitere Verbilligung des Stroms und der Geräte zu fordern, in dem Bewusstsein, dass die technischen Verbesserungen auf allen Gebieten nicht für einige wenige, sondern auch für den Haushalt des Arbeiters geschaffen sind.

-8-

Schwiegermama hat recht.^x

Von Pierre Valdagne

SPD. Ich erinnere mich noch sehr gut der Szene, die ich vor drei Jahren mit meiner alten Tante Ternaux hatte. Wenn ich "Szene" sage, so heisst das nicht ein hässlicher Streit. Tante Ternaux ist eine alte, lebhaft, geistvolle Dame; es ist ein Vergnügen, mit ihr zu diskutieren. An diesem Tage jedoch konnten wir uns durchaus nicht verständigen. Ich sagte: "Ich verstehe dich nicht. Und

nicht nur das... ich wundere mich, dass eine Frau wie du, mit offenem Kopf und eigenem sicherem Urteil, dies schreckliche, alberne Getue mitmachen kann: als ob Schwiegermütter und Schwiegersöhne die schlimmsten Feinde wären! Das ist doch abgeschafft, unmodern... Sogar im Kabarett gestaltet keiner mehr dies Thema! Keiner lacht über Chansons von der teuflischen Schwiegermutter. Und was hast du, ausgerechnet du, wirklich an deinem Schwiegersohne Michel Parmain auszusetzen?"

"Ich kann ihn nicht ausstehen."

"Wie ungerecht! Michel ist ein reizender Kerl. Er hat eine ehrenwerte, einträgliche Stellung, und vor allem liebt er deine Tochter."

"Widerlich!"

"Wieso? Claire liebt ihren Mann doch auch."

"Sie ist dumm."

"Wünschtest du, diese gute Ehe wäre eine schlechte Ehe?"

"Um Himmelswillen! Aber Michel liebt seine Frau in einer Weise, die nicht Gutes verspricht."

"Claire war krank; da hat er sie gepflegt."

"Meinen Platz hat er eingenommen."

"Aha... da ist der wunde Punkt. Nun, ein Ehemann hat schon das Recht..."

"Er hat sein Recht als Ehemann! Ans Krankenbett gehört die Mutter."

"Claire schien nicht unglücklich, als ihr Mann ihr die Medizin gab."

"Entsetzlich! Sie sieht nur ihn."

"Sehr schön. Warum entsetzlich?"

"Weil so etwas nicht von Dauer sein kann, lieber Junge! All das ist unnatürlich. Und ich werfe meinem Schwiegersohne vor, dass er mir Claire entfremdet..."

"Sie hat dich doch lieb!"

"Nein. Er ersetzt ihr alles! Er pflegt sie, wenn sie krank ist; er berät sie in ihrer Kleidung (als ob er sich da auskennt!). Er impft ihr seinen Geschmack ein - der recht zweifelhaft ist! -, seinen Verkehr - da ist auch nichts dran! Die Kleine ist seit ihrer Heirat wie umgewandelt. Sie mag nicht mehr, was wir gern hatten, als wir noch beieinander waren!"

"Ein Einfluss hat eben einen andern abgelöst."

"Also gab ich mir vergebliche Liebesmühe, ihr ein Urteil beizubringen."

"Die Entwicklung ändert manches."

"Ich verstehe mich nicht mehr mit meiner Tochter. Allem widerspricht sie. Im Spott ihres Gatten bin ich eine alte Schwätzerin. Es genügt, dass der Herr ihr Gatte ist, um ihm recht zu geben! Er nimmt sie mir mit Haut und Haar. Dabei versteht er nicht einmal, sie glücklich zu machen."

Ich zuckte zusammen. "Was heisst das?"

"Das heisst, dass diese allzu aufmerksamen, im Kleinlichen zu rührend aufgehenden, verliebten Wundertiere mir ein Greuel sind. Sowa ist nicht von Dauer!"

"Warum denn nicht?"

"Weil das die Art der "Liebhaber" ist. Liebhaber sind keine Ehemänner. Ein ernsthafter Mann wird nie die Dummheit begehen, eine Tochter ihrer Mutter abgespannt zu machen. Wenn Claire bemerkt wird, dass Michel sie weniger liebt, und dass ihr dank seiner Beeinflussung nicht einmal mehr die Mutter bleibt, was wird dann aus ihr?"

"Berufe kein Unheil, Tantchen! Wie pessimistisch du bist!"

"Ich hab' ein gutes Auge, Freundchen!"

Das war, wie gesagt, vor drei Jahren.

Gestern kommt Tante in meine Arbeit hineingeschneit. Ihr Gesicht strahlt; ihre Augen blinken siegestrunken. "Da hast du es", platzt sie ohne Vorrede los, "Ich habe rechr behalten."

"Worin?"

"In der Meinung über meinen sauberen Schwiegersohn."

"Was hat er denn verbrochen?"

"Ha! Er hat ganz einfach meine Tochter betrogen."

"Ach!"

"Ja. Mit ihrer besten Freundin! Das fand er ganz in der Ordnung..."

"Und Claire?"

"Das arme Kind! - Nun, das Unglück währte nicht lange... Eine Stunde nach der schrecklichen Entdeckung war sie bei mir; sie erzählte mir alles, sie weinte, sie zitterte in meinen Armen. Ja, mein Freund, bei ihrem ersten Schmerz lief sie zu ihrer Mutter. Sie wurde sich klar, dass so ein Ehemann einem nicht die Welt sein kann! Ich habe Claire wieder! Die ganze Nacht haben wir uns unterhalten..."

Ich sagte ironisch: "Nun hast du's wohl deinem Schwiegersohn ordentlich gegeben! Dank seinem Fehler konntest du ihn ja hochnehmen!! Und deiner Tochter zeigen, was für ein Taugenichts er ist, und dass sie sich nur schnell scheiden lassen und zu dir zurückkommen sollte..."

Zornfunkelnd stellte sich Tante vor mich hin: "Du bist wohl nicht bei Trost! Einen Gedanken hatte ich nur: Meine arme Kleine zu beruhigen, ihr zu zeigen, dass alle Männer gleich sind, dass Michel nicht zu verurteilen ist! Dass sie sich nur wehren sollte... doch dass sie schliesslich verzeihen müsste, dass man deshalb nicht eine Gemeinschaft zerstöre..."

"Das hast du gesagt? Wo du Michel doch nicht leiden kannst?"

"Was heisst das! Ich habe keine Lust, Claire nach der Scheidung wieder mit einem Manne zu verheiraten, mit dem ich womöglich dasselbe durchzumachen habe! Ich habe ihr verboten, sich von ihrem Manne zu trennen. Er ist in meiner Hand. Er wird vor mir zittern. Ich habe meine Tochter zurückerobert. Sie wird jetzt nur mit meinen Augen sehen. Sie lebt nun nicht mehr in zerbrechlichen Träumen..."

Und Tante Ternaux verliess mich, ein zufriedenes Lächeln um die feinen Lippen.

(Berechtigte Uebersetzung von U.E.J.)

X
Im Arbeitslager.

SPD. Es hat der Stimmung im Arbeitslager des Freiwilligen Arbeitsdienstes Chemnitz nichts geschadet, dass sich sogenannte "höhere" Schülerinnen aufgeregt haben, weil Sozialisten und Republikaner, die zu fünfundzwanzig im Arbeitslager Mortelgrund bei Sayda im Erzgebirge tätig sind, die Farben schwarz-rot-gold allmorgendlich mit Posaunenschrei hissen. Im Gegenteil! Recht deutlich ist es unsere Leuten geworden, wie dreist sich der antirepublikanische Chor gebärdet, wenn es um unser Symbol geht.

Ich habe das Lagerleben gern studiert. Längst ruhten Karren und Schaufeln im Schuppen, und die Sterne schauten ins stille Waldtal. Die Jugendherberge der Stadt Chemnitz blickte mit hellen Fenstern in den Abend. Sie ist Stützpunkt des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Am Spielplatz war die Arbeit tagsüber rüstig vorwärts gegangen. Die fünfundzwanzig verstehen sich; denn sie reutieren sich aus einer Anschauung, einer Gesinnung und einem Willen. Zumeist sind's Jungs aus dem "sächsischen Manchester", der Stadt der Kussflocken.

Wir sassen im traulichen Tagesraum der Jugendbleibe, die nach sozialem Willen einer fortschrittlich geleiteten Stadtverwaltung entstanden ist. Wandervoll sangen die jungen Arbeiter. Und ihr Orchester aus Violinen, Gitarren und Mandolinen spielte ausgezeichnet auf. Freiwillige Unterordnung unter einen dreimännigen selbstgewählten Lagerrat bedeutete gleichzeitig gute Frei-

zeitgestaltung. Keiner ist auf den Schnabel gefallen. Sie sagen ihre Wünsche frei von der Leber weg. Es gibt keine heimlichen Dissonanzen. Ich freute mich des gesunden Treibens, das mit leisem Trällern im Schlafraum frühmorgens um 6 Uhr anhebt. Alles sammelt sich zum Waldlauf, der in leichter Sportkleidung, von manchen halbnackt absolviert wird. (Herr Dr. Bracht, bitte, beiden Augen zubinden!) Nach der Rückkehr sprudelt das kalte Quellwasser über die gebräunte Haut, und dann, ja, dann kredenzt die joviale Herbergsmutter Kaffee und Marmeladenbrote oder Mehlsuppe mit trockenem "Hanf". An die erste Aetzung schliesst sich der Akt der Flaggenhissung. Die Nazis im Mörtelgrunde können diese republikanische Selbstverständlichkeit, kurzhirinig, wie sie sind, nicht begreifen.

Gearbeitet wird gut, am Spielplatz und an Zufahrtswegen zur Jugendherberge. Nebenbei haben geschickte Hände einen neuen Aschebehälter gemauert. Überall machen sich die jungen Sozialisten nützlich. Die Herbergseltern freuen sich ihrer Gäste, bewirten sie gut und reichlich und nehmen freudig Anteil an allem, was die junge Gilde in der Freizeit vorhat. Kurzum: Es herrscht hundertprozentige Harmonie.

Keiner der Arbeitsfreiwilligen vermag in dieser Beschäftigung die Endlösung des Problems "Arbeit" zu sehen, sondern alle sind sich vor allem des ideellen Vorteils bewusst, den die Vereinigung von 25 jungen Menschen aus der SA, dem Reichsbanner und den freien Gewerkschaften mit sich bringt. Wir brauchen bei solchen Arbeitslagern durchaus keine sozialistisch-republikanischen Instruktionstunden. Freiwillig arbeitender Menschen, die sich in gleicher Weltanschauung zusammenfanden, genügt das Zusammensein zu gleichem Ziel und im gleichen Geiste völlig, um innerlich erheblich zu gewinnen. Die Art und Weise, wie diese Leute zusammenleben, miteinander verkehren in freiwilliger Disziplin, ohne Schablone in der Lebensführung, wie sie gemeinsam für die Freizeitgestaltung eintreten, sich ganz einfach und selbstverständlich finden zu frohem Sang und Spiel, wie sie belehrende und unterhaltende Vorträge - meist aus eigenen Reihen - nicht vergessen haben, wie sie pünktlich, sauber und höflich sind und ihre ganze Kraft dafür einsetzen, dass ihre Lagergemeinschaft als Ganzes autoritativ wirkt, wie sie es ablehnen, völlig gegängelt zu werden, sondern mitbestimmen, wie sie alles parlamentarisch handhaben, der Diktatur und geschrieenen Disziplin abhold, wie sie mit Würde ihren Stolz als freie Menschen ohne Pathos tragen - das alles erfreut, lässt gläubig sein an solcher Jugend. Die unser ist! Die es sich nicht nehmen lässt, das Haupt zu entblößen vor der Fahnen ihrer Republik in stiller, vielleicht halb noch unbewusster Anerkennung, dass der "neue" Staat eben doch ihr Staat ist!

Johs.

Der ungeschickte Tischnachbar.X

SPD. Die Tochter des Comte de Langtry war ein ganz reizendes Personchen. Seidigblond, schlank und bildhübsch. Sie bewohnte die drei grossen Fürstenzimmer in der Beletage eines der ersten Hotels von Lyon ganz allein. Sie wollte erst einen Tag im Hause, und schon waren Personal und Gäste von ihr entzückt. Zum Abendessen erschien sie in einem saladongrünen Schleppkleid aus Velvet Arasin mit Spitzeneinsätzen und pelzbesetzten Crepe-Marakesch-Aermeln. Etwas Himmlischeres konnte man sich nicht denken. Der ganze Saal war heimlich in Aufregung über die wundervolle Erscheinung.

Die Tochter des Comte kam neben einen etwas salopp gekleideten jungen Menschen zu sitzen. Er war Deutscher. "Bankbeamter aus Mainz" stand im Fremdenbuche neben seinem Namen. Er bewohnte eins der ganz billigen Zimmerchen im fünften Stockwerk. Er benahm sich sonst schon ziemlich linkisch, aber jetzt